

Heiliger Stuhl und China schließen vorläufiges Abkommen über Bischofs-ernennungen

Am 22. September 2018 haben der Heilige Stuhl und die Volksrepublik China ein „vorläufiges Abkommen“ über die Ernennung der chinesischen Bischöfe geschlossen. Es ist das erste offizielle Abkommen überhaupt zwischen dem Vatikan und dem kommunistischen Staat. Die Streitfrage, wer das Recht auf die Ernennung chinesischer Bischöfe hat, war seit 1958 zwischen Rom und Beijing ungelöst.

Wie der Heilige Stuhl und das Außenministerium der VR China noch am gleichen Tag bekanntgaben, unterzeichneten der Unterstaatssekretär für die Beziehungen des Heiligen Stuhls mit den Staaten (in der chinesischen Meldung als „Vizeminister für die Beziehungen der Kurie zu den Staaten“ bezeichnet), Msgr. Antoine Camilleri, und der stellvertretende chinesische Außenminister Wang Chao das Dokument bei einem Treffen der Delegationen beider Seiten in Beijing. Ebenfalls am 22. September gab der Vatikan in einer weiteren Erklärung bekannt, dass Papst Franziskus entschieden hat, die verbliebenen acht chinesischen Bischöfe, die ohne päpstliches Mandat geweiht wurden, in die volle kirchliche Gemeinschaft aufzunehmen (einen von ihnen posthum). Ihre in drei Fällen explizit ausgesprochene Exkommunikation wurde also aufgehoben, wobei die Erklärung offenlässt, ob sie auch als Diözesanbischöfe eingesetzt wurden. China hatte auf die Anerkennung dieser Bischöfe bestanden. In einer dritten Meldung gab der Vatikan die Errichtung der Diözese Chengde bekannt (für alle vier Bekanntmachungen siehe die [Dokumentation](#)). Sie existierte bisher nur nach der offiziellen chinesischen Einteilung der Diözesen und wird von Bischof Guo Jincai geleitet, einem der jetzt päpstlich anerkannten, bisher illegitimen Bischöfe.

Seit Juni 2014 wurden wieder Verhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der chinesischen Regierung geführt; die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und dem Vatikan – und damit der Abbruch der vatikanischen Beziehungen zu Taiwan – waren, soweit bekannt, nicht Gegenstand der Verhandlungen.

Der Inhalt des jetzt geschlossenen Abkommens – d.h. auf welches Verfahren für künftige Bischofsernennungen man sich geeinigt hat – wurde nicht bekanntgegeben. Das macht eine Einschätzung schwierig. Vier Tage vor der Unterzeichnung beschrieb ein Journalist mit Vatikanexpertise, Gerard O’Connell, unter Berufung auf eine Quelle im Vatikan den zwischen Beijing und Rom geschlossenen Kompromiss folgendermaßen: Das Verfahren sehe vor, dass Bischofskandidaten nach dem von den chinesischen

Behörden eingeführten „demokratischen“ Wahlsystem von einem diözesanen Wahlgremium gewählt, von der offiziellen chinesischen Bischofskonferenz und den chinesischen Behörden bestätigt und dann über diplomatische Kanäle an den Heiligen Stuhl gemeldet würden. Der Papst werde den betreffenden Kandidaten entweder anerkennen oder ein Veto gegen ihn einlegen, wobei im Falle eines Vetos beide Seiten in Dialog treten und Beijing einen neuen Kandidaten vorschlagen würde. Ob das Abkommen tatsächlich diesen Inhalt hat und wie die genaue Formulierung lautet, ist unbekannt. Auch ist unklar, ob das päpstliche Vetorecht womöglich durch Bedingungen eingeschränkt ist, was etwa Bernardo Cervellera in *AsiaNews* für möglich hält. In jedem Fall wurde dem Papst von chinesischer Seite offensichtlich eine Rolle bei den Bischofsernennungen zugestanden, was tatsächlich neu ist. Bisher hat China jede ausländische Kontrolle über die Religionen in seinem Land abgelehnt. Es wird sich zeigen, wie das Verfahren bei künftigen Neubesetzungen der rund 40 vakanten Bischofssitze funktionieren wird, wie viel Druck die chinesischen Behörden dabei auf diözesane Wahlgremien und Kandidaten ausüben werden. Dabei ist noch unklar, wie bzw. ob der Heilige Stuhl den chinesischen Diözesen, die ja in die Verhandlungen nicht eingebunden waren, aber von den Ergebnissen direkt betroffen sind, die genauen Inhalte des Abkommens bekanntgeben wird.

Mit der Anerkennung der sieben aus kirchlicher Sicht illegitimen Bischöfe sind nun „zum ersten Mal alle Bischöfe in China in Gemeinschaft mit dem Bischof von Rom“, wie der vatikanische Kardinalsstaatssekretär Pietro Parolin ebenfalls am 22. September sagte (siehe [Dokumentation](#)). Dies ist grundsätzlich positiv, auch weil die chinesischen Behörden die illegitimen Bischöfe bisher dazu benutzten, Spannungen und Spaltungen in der Kirche zu erzeugen, indem sie sie als Weihende oder Konzelebranten bei Bischofweihen, Priesterweihen oder anderen kirchlichen Anlässen einsetzten. Die Päpste haben auch schon früher ohne päpstliches Mandat gewählte chinesische Bischöfe im Nachhinein anerkannt, wenn sie Reue gezeigt und darum gebeten hatten – was bei diesen sieben jetzt offenbar der Fall war. Für viele chinesische Katholiken ist aber ihre Anerkennung trotzdem sehr irritierend, insbesondere in den zwei Fällen, wo die Betroffenen mit ihrem Lebenswandel einen Skandal unter den Gläubigen hervorgerufen haben.

Zwar sind alle 64 Bischöfe der „offiziellen“, vom Staat anerkannten Kirche nun auch von Rom anerkannt. Umgekehrt ist aber die Zukunft der 36 nur vom Papst anerkannten und von der Regierung als illegal betrachteten Bischöfe im Untergrund weiter offen. Es hieß, dass der Heilige Stuhl in künftigen Gesprächen über ihre Anerkennung durch den

chinesischen Staat verhandeln will. Diese Verhandlungen könnten schwierig werden, da China vermutlich kein großes Interesse an ihrer Anerkennung haben oder aber darauf bestehen dürfte, dass sie der Patriotischen Vereinigung beitreten. Diese Bischöfe und ihre Priester sind aber eben deshalb im Untergrund, weil sie, um dem Papst die Treue zu wahren, den Eintritt in die auf Unabhängigkeit von Rom basierende Patriotische Vereinigung verweigert haben. Sie haben dafür viele Schikanen und Opfer auf sich genommen, einige von ihnen sind auch jetzt in Haft oder stehen unter Hausarrest. Für sie und die von ihnen betreuten Gläubigen dürfte das neue Abkommen besonders schwer zu verstehen sein. Ob es durch diese jetzt getroffenen Maßnahmen zu einer Versöhnung zwischen den Gläubigen der offiziellen Gemeinschaft der Kirche und der Gemeinschaft im Untergrund kommt, wird abzuwarten sein. Es ist auf jeden Fall zu befürchten und zeichnet sich jetzt schon ab, dass der Druck auf die Untergrundkirche seitens der Regierung nun weiter zunimmt.

Unter Staatspräsident Xi Jinping und besonders in den letzten Monaten zeigen sich Bestrebungen der chinesischen Führung, die Religionen im Land noch stärker auf den behördlich zugelassenen und kontrollierten Bereich zu beschränken, religiöses Leben außerhalb dieser Kontrolle zum Verschwinden zu bringen und den Einfluss der Religionen in der Gesellschaft zurückzudrängen, etwa durch Beschränkung religiöser Präsenz im Internet oder die zunehmende Einschränkung religiöser Betätigung und Unterweisung Minderjähriger. Die Religionen sollen ihre Lehren „sinsieren“ und religiöse „Infiltration“ durch das Ausland soll unterbunden werden. Muslime und Christen sind von dieser Politik besonders stark betroffen. So gesehen kommt das Abkommen zu einem sehr heiklen Zeitpunkt. Vielleicht hat man im Vatikan tatsächlich – wie eine „hochrangige vatikanische Quelle“ schon Ende Januar dieses Jahres zu *Reuters* sagte – die Befürchtung, dass die Situation „in 10 oder 20 Jahren [...] sogar noch schlechter sein“ könnte. Papst Franziskus wiederum hatte im Juni zu *Reuters* gesagt, Dialog sei ein Risiko, „aber ich ziehe dieses Risiko der sicheren Niederlage des Nicht-Miteinander-Redens vor“.

Papst Franziskus, der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des vorläufigen Abkommens ins Baltikum unterwegs war, äußerte sich erstmals bei der Pressekonferenz auf dem Rückflug von Tallinn am 25. September zu den Vorgängen, wobei er ausdrücklich selbst die Verantwortung sowohl für die Anerkennung der illegitimen Bischöfe als auch für den Abschluss des Abkommens übernahm. Er gab zu, dass dadurch auch Leid entstehen werde. Franziskus sagte, bei dem Abkommen „geht es nicht um die Ernennung; es ist ein Dialog über die möglichen Kandidaten. [...] [D]ie Ernennung erfolgt durch den Papst, das ist klar“ (siehe Dokumentation).

Einen Tag später wurde seine „Botschaft an die chinesischen Katholiken und an die universale Kirche“ veröffentlicht. Mit diesem Schreiben wendet sich erstmals seit dem Brief von Papst Benedikt XVI. von 2007 wieder ein Papst ausführlich direkt an die katholische Kirche Chinas (siehe dazu den folgenden Beitrag und die Dokumentation).

Die Kommunikation zwischen China und dem Vatikan soll weiter beibehalten werden, wie dem Statement des chinesischen Außenministeriums vom 22. September zu entnehmen war. Es ist zu hoffen, dass der Vatikan in kommenden Gesprächen mit China erfolgreich Lösungen für eine gute Zukunft der Bischöfe und Gemeinden im Untergrund erwirken kann, die aus kirchlicher Sicht selbstverständlich seit jeher Teil dieser Einheit sind, auch wenn die Behörden sie derzeit nicht anerkennen. Die Frage der kirchlichen Strukturen in China und die Rolle der Patriotischen Vereinigung sind ebenfalls zwischen dem Heiligen Stuhl und Beijing noch ungeklärt. Da die Untergrundbischöfe bisher noch nicht in die chinesische Bischofskonferenz integriert sind, bleibt auch die Frage völlig offen, ob diese in näherer Zukunft vom Vatikan anerkannt wird und ob China ihr erlauben wird, sich gleichberechtigt in die Weltkirche einzubringen.

Eine erste direkte Auswirkung des vorläufigen Abkommens war, dass die chinesische Führung zum ersten Mal überhaupt die Teilnahme von zwei Bischöfen aus Festlandchina an einer Versammlung der Bischofssynode in Rom erlaubte. Einer von ihnen, Guo Jincai, Bischof von Chengde und Generalsekretär der offiziellen chinesischen Bischofskonferenz, gehört zu den sieben erst kurz zuvor legitimierten Bischöfen. Der zweite, Bischof Yang Xiaoting von Yan'an, 2010 mit päpstlicher und staatlicher Genehmigung geweiht, übt ebenfalls wichtige Funktionen in den staatlich gestützten Gremien der chinesischen Kirche aus. Papst Franziskus hieß beide bei der Eröffnungsmesse am 3. Oktober 2018 herzlich willkommen.

Wie Vatikansprecher Greg Burke am 22. September sagte: Das Abkommen „ist nicht das Ende des Prozesses, sondern ein Anfang“. In diesem Prozess braucht die katholische Kirche in China weiter die Solidarität der Christen weltweit. Papst Franziskus ruft die universale Kirche dazu auf, „unsere Brüder und Schwestern in China mit eifrigem Gebet und mit brüderlicher Freundschaft zu begleiten. Denn sie sollen spüren, dass sie auf dem Weg, der sich in diesem Augenblick vor ihnen auftut, nicht alleine sind.“

Katharina Wenzel-Teuber

Quellen (2018): *America* 18.09.; *AsiaNews* 24.09.; 1.10.; *China heute* 2018, Nr. 2, S. 91; *Reuters* 1.02.; 20.06.; *vatican.va* 3.10. Siehe auch die Rubrik „Sino-vatikanische Beziehungen“ in der „Chronik“ sowie die Dokumentation in dieser Nummer. – Eine frühere Version dieses Beitrags erschien am 25.09.2018 auf der Website des China-Zentrums.

Zur „Botschaft von Papst Franziskus an die chinesischen Katholiken und an die universale Kirche“

Vier Tage nach der Unterzeichnung des vorläufigen Abkommens am 22. September 2018 wurde am 26. September eine „Botschaft von Papst Franziskus an die chinesischen Katholiken und an die universale Kirche“ veröffentlicht (siehe Dokumentation), zeitgleich in vielen Sprachen, was auf eine intensive Vorbereitung hinweist.

Der Papst ist sich „bewusst“, dass „in letzter Zeit“, vor allem auch in Bezug auf das vorläufige Abkommen [die offizielle deutsche Version der Papstbotschaft benutzt durchgehend die Übersetzung „Vereinbarung“], ein „Wirbel an Meinungen und Beobachtungen eine nicht geringe Verwirrung gestiftet hat“. (1) Er stellt das Gefühl der Zweifel, der Ratlosigkeit und des „Eindrucks, vom Heiligen Stuhl gleichsam im Stich gelassen worden zu sein“ einiger Katholiken der „Hoffnung auf eine ruhigere Zukunft“, die viele Katholiken tragen, gegenüber. Er versucht, die Frage nach dem „Wert des Leidens, das man für die Treue zum Nachfolger Petri hinnehmen musste“, damit zu beantworten, dass die „schmerzhaften Ereignisse“ jetzt „zum geistlichen Schatz der Kirche in China“ gehörten, und dass die Laien und Hirten, die ein „gutes Bekenntnis [...] zum Evangelium“ abgegeben hätten, „als wahre Freunde Gottes anzusehen“ seien. (1)

Adressiert wird die Bewunderung und Anerkennung für die Treue der chinesischen Katholiken allgemein an die gesamte katholische Kirche Chinas. Sehr viele Katholiken und auch viele der offiziellen Bischöfe haben je in ihrer eigenen Weise gelitten, um zwischen der Treue zum Papst und dem Gehorsam zum chinesischen Staat die rechte Balance zu finden. Dennoch fällt auf: die 36 Untergrundbischöfe werden nirgends in der Botschaft des Papstes gesondert erwähnt und auch nicht, ob es irgendwelche Absprachen des Heiligen Stuhls mit den chinesischen Behörden gibt, die ihnen ein wenig Klarheit über ihre eigene Zukunft geben könnten. Da offiziell keine Hirten Chinas (offizielle oder der Untergrundkirche) in die Verhandlungen selbst eingebunden waren und die Inhalte des Abkommens geheim sind, stehen sie vor einer ungewissen Zukunft und sind dem immer stärker werdenden Druck der Regierung noch mehr als vor dem Abkommen ausgeliefert. Wahrscheinlich werden die meisten Bischöfe selbst dies ertragen, wie sie schon so vieles erleiden mussten, aber viele ihrer Gläubigen und Priester finden es nicht so einfach, mit dieser Situation so umzugehen, dass mehr Vertrauen zum Vatikan entstehen und sich optimistische Bemühungen um mehr Einheit entwickeln würden. Kardinal Joseph Zen in Hongkong wirft deshalb dem Vatikan vor, er verlange „Kadavergehorsam“ von der Kirche Chinas, indem er Gehorsam und Mitarbeit für etwas verlangt, das vor ihnen als Betroffene aber geheim gehalten wird.

Die Tatsache, dass dieses vorläufige Abkommen von den Vize-Außenministern des Vatikans und Chinas unter-

schrieben wurde und der Inhalt nicht veröffentlicht wird, öffnet zudem Vermutungen und Gerüchten Tür und Tor. (Stellt die Unterzeichnung letztlich doch einen vorläufigen außenpolitischen Schritt hin zu einem Wechsel der diplomatischen Beziehungen von Taiwan auf die VR China dar, auch wenn immer wieder versichert wurde, dass dieses Thema ausgeklammert gewesen sei?)

Papst Franziskus betont, mit dem vorläufigen Abkommen und den anderen damit verbundenen Entscheidungen habe der Heilige Stuhl nichts anderes im Sinn, als „die geistlichen und seelsorglichen Ziele der Kirche zu verwirklichen“, „die Verkündigung des Evangeliums zu unterstützen“ und „die volle und sichtbare Einheit [...] zu erreichen und zu bewahren“. (2)

Mehrfach wird erwähnt, dass es sich dabei um einen „Weg“ handle, der „Zeit erfordert“, „guten Willen“ und „weiterhin“ Zusammenarbeit in Vertrauen und Dialog mit denen, „die die Volksrepublik China lenken“. (10)

„Die Frage der Bischofsnennungen anzugehen“ sei vorrangig gewesen, weil sich viele „Spannungen und Verletzungen“ um „die Figur des Bischofs als Hüter des authentischen Glaubens und als Garant der kirchlichen Einheit konzentriert haben“. (3) Ein wenig missverständlich wird formuliert: „Als in der Vergangenheit der Anspruch erhoben wurde, auch das interne Leben der katholischen Gemeinschaften zu bestimmen, und dafür ihnen über die legitimen Kompetenzen des Staates hinaus eine direkte Kontrolle auferlegt wurde, trat in der Kirche in China das Phänomen der Untergrundgemeinden auf. Eine solche Erfahrung – das muss hervorgehoben werden – gehört nicht zur Normalität des Lebens der Kirche [...]“. Es sei darum gegangen, „den eigenen Glauben unversehr zu bewahren“ (Bezug zum Brief Benedikts XVI.). (3)

Papst Franziskus spricht damit klar an, was zu der „anormalen“ Situation der Existenz von Untergrundkirchen geführt hat: die übermäßige Einmischung des Staates in innerkirchliche Angelegenheiten.

Als einen Schritt zur Normalität, mehr aber noch als Akt der Barmherzigkeit hat der Papst entschieden, allen sieben „offiziellen Bischöfen“ (das Wort illegitim oder illegal wird vermieden) Versöhnung zu gewähren und sie „in die volle Gemeinschaft der Kirche wiederaufzunehmen“. (3) Sie, aber auch alle chinesischen Katholikinnen und Katholiken, fordert er immer wieder auf, zu „Stiftern von Versöhnung“ zu werden, um „mit neuem Eifer den Auftrag der Verkündigung des Evangeliums zu erfüllen“. (4)

Er erwähnt dabei nicht, dass zumindest zwei der Bischöfe als moralisch nicht geeignet angesehen werden, Bischöfe zu sein (aufgrund von Frau und Kindern). Dies führt bei vielen Katholiken zu Unverständnis und Unmut. Mögen die Bischöfe auch einen (nicht veröffentlichten) Entschuldigungsbrief geschrieben haben, nicht weiter definierte öffentliche „konkrete sichtbare Gesten der wiedererlangten Einheit“ (3) auch den chinesischen Katholiken gegenüber werden erst für die Zukunft verlangt. Ob alle sieben Bischö-

fe auch als solche Diözesen leiten dürfen, wird nicht explizit behandelt. Die Erhebung von Chengde zur Diözese mit Guo Jincai als Bischof und die zeitweise Teilnahme dieses Guo Jincai, der auch Generalsekretär der Chinesischen Bischofskonferenz ist, an der „Bischofssynode Jugend 2018“ in Rom spricht aber dafür. Der Papst teilt den „Bischöfen, Priestern, gottgeweihten Personen und gläubigen Laien“ die Rolle zu, nach geeigneten, „authentischen Hirten“ zu suchen. (5) Die Formulierung lässt den Leser unwillkürlich an die vom Staat festgelegte Wahlordnung für chinesische Bischöfe denken, in die eben nicht nur Kleriker, sondern auch Vertreter der Schwestern und der Laien eingebunden sind.

Direkt spricht Franziskus die „jungen chinesischen Katholiken“ an und bittet sie, durch ihren „Enthusiasmus die Freude des Evangeliums zu vermitteln“. (8) Ihnen fällt eine besondere Rolle in der Überwindung von „Vorurteilen sowie Konflikten zwischen Gruppierungen und Gemeinschaften“ zu. Diese Aufgabe wird ihnen sicherlich immer schwerer fallen, da sich in China das Verbot, Minderjährige mit Religion und Glaube in Verbindung zu bringen, ja sogar religiöse Stätten besuchen zu dürfen, mehr und mehr ausbreitet. Der stark zunehmende Druck auf die christlichen Kirchen und andere Religionsgemeinschaften wird in der Botschaft des Papstes insofern indirekt angesprochen, als Franziskus anmahnt, durch einen offenen Dialog und durch vorurteilsloses Zuhören auch auf lokaler Ebene (in der zumeist die unterdrückerischen Maßnahmen beschlossen und durchgeführt werden) die Beziehungen zwischen den kirchlichen Gemeinschaften und den zivilen Behörden zu harmonisieren. Alle müssten lernen, eine „harmonische Abstimmung zwischen den legitimen Erwartungen der Gläubigen und den Entscheidungen, die den Behörden zustehen“, zu gewährleisten (10). Als ein totalitärer sozialistischer Staat, der gerade dabei ist, ein System der totalen Überwachung aller Bürger (Sozialpunktesystem) zu vervollkommen, wird China wohl selbst entscheiden, welche Entscheidungen den Behörden „zustehen“ – wahrscheinlich alle.

In dieser Situation braucht es das Gebet „jeder örtlichen katholischen Gemeinschaft“ (9) für unsere Brüder und Schwestern in China. Und so schließt der Papst mit einem Gebet zur Jungfrau Maria, der Hilfe der Christen. Auch Papst Benedikt XVI. hatte seinem Brief von 2007 (der in der Botschaft von Franziskus mehrfach zitiert wird) ein Jahr später zum ersten Gebetstag für die Kirche in China ein Gebet zu „Unserer Lieben Frau von Sheshan“ folgen lassen.

Durch diesen Brief an die chinesischen Katholiken (eigentlich nicht an den chinesischen Staat, der allerdings in einem Punkt [10] direkt angesprochen wird) versucht der Papst eindringlich und authentisch zur Einheit aufzurufen. Er wird damit viele Menschen ansprechen und zur Vergebung und Versöhnung ermutigen. Auch besteht damit eine konkrete Möglichkeit, den Umgang der beiden Ge-

meinschaften miteinander zu normalisieren und gerade in vielen pastoralen Bereichen Einheit zu leben und zu fördern. Ferner hat er erreicht, dass alle Bischöfe Chinas in Einheit mit dem Bischof von Rom stehen. Er schreibt, es seien „stabile Elemente“ der Zusammenarbeit vom Heiligen Stuhl und China geschaffen (5), gemeint ist damit auch die Rolle des Papstes bei Bischofsnennungen (in welcher Funktion, wird weder von ihm noch von China erläutert). Diese Situation ermöglicht einen neuen Umgang mit der Chinesischen Bischofskonferenz, wenn das Problem gelöst werden könnte, dass die chinesische Regierung eine Zulassung der 36 Untergrundbischöfe gegenwärtig nicht erlaubt. Es ist nicht bekannt, ob diesbezüglich irgendetwas in dem vorläufigen Abkommen abgemacht ist.

Ob allerdings die Methode, das Wichtigste, nämlich den konkreten Inhalt des vorläufigen Abkommens, geheim zu halten, als vertrauensbildende Maßnahme zu werten ist, bleibt dahingestellt. Die Tatsache, dass der Begriff „Untergrundgemeinden“ nur einmal als „Phänomen“ erwähnt wird, das „nicht zur Normalität des Lebens der Kirche“ gehöre (3), und darüber hinaus keine gesonderte Erwähnung findet, der Wiederaufnahme der vormals illegitimen Bischöfe aber recht viel Aufmerksamkeit gewidmet wird, dürften viele Untergrundkatholiken sehr schmerzlich empfinden. Vielleicht ist ein solcher Brief und ein solcher Anlass nicht passend, konkret auf die verschwundenen Bischöfe, auf Priester und Gläubige im Gefängnis oder unter Hausarrest hinzuweisen, vermisst wird es aber schon. Ferner wurde in den veröffentlichten Texten und Statements jeder Hinweis auf die wachsende Unterdrückung der Kirche durch neue Religionsvorschriften, Abriss von Kreuzen, Verbot der religiösen Unterweisung von Kindern und Minderjährigen etc. konsequent vermieden. Innerhalb und außerhalb der Kirche wird deshalb schon mit Sorge von einem Ansehensverlust des Vatikans gesprochen.

Denkt man den oft zitierten „Weg“, den es weiterzugehen gilt, etwas weiter, dann könnte dieser Brief möglicherweise das Ende der Untergrundkirche in der bisherigen Form bedeuten: entweder durch eine Vereinigung mit der „offiziellen Kirche“ oder aber durch eine Abspaltung (Gefahr des Schismas?) eines Teils der Untergrundkirche von Rom. Wenn man so lange dagegen gekämpft hat, sich voll und ganz auch in personellen und kircheninternen Bereichen von atheistisch-kommunistischen Behörden kontrollieren und bestimmen zu lassen, dann wird es für die Untergrundchristen nicht einfach sein, dies jetzt sozusagen auf Anordnung des Papstes (so mögen manche es interpretieren) zu tun. Rom selbst hat bisher weder die „Nationalversammlung der Vertreter der katholischen Kirche Chinas“ noch die „Patriotische Vereinigung“ und auch nicht die „Chinesische Bischofskonferenz“ anerkannt, Institutionen, die die Untergrundgemeinden, ihre Bischöfe, Priester und Ordensleute bei einer offiziellen Registrierung akzeptieren müssten. Da die Religionsbehörden Chinas und Xi Jinping selbst immer wieder betonen, dass sie diese „demo-

kratischen Strukturen“ nicht aufgeben werden, dürfte der Umgang vor allem mit der Patriotischen Vereinigung sehr schwierig werden. Die Zugehörigkeit zur „Patriotischen Vereinigung“ ist theoretisch freiwillig. Lassen sich in zukünftigen Verhandlungen doch noch Wege finden, die Untergrundbischöfe irgendwie zu integrieren?

Die Patriotische Vereinigung und die Bischofskonferenz Chinas haben allerdings gleich nach der Unterzeichnung des vorläufigen Abkommens darauf hingewiesen, dass sie auch in Zukunft die Sinisierung einer unabhängigen, selbständigen und selbstverwaltenden katholischen Kirche Chinas vorantreiben werden. In neuesten politischen Schulungen religiösen Personals wird diese Haltung noch einmal stark betont. Von einigen Freunden in China wird gemeldet, dass die Restriktionen in den letzten Tagen zugekommen haben.

Vieles liegt noch im Geheimen, aber dennoch letztlich in Gottes Hand.

Martin Welling

Reaktionen auf das vorläufige Abkommen zwischen China und dem Heiligen Stuhl

Reaktionen aus China – Staat, Medien, Wissenschaft

Das chinesische Außenministerium gab den Abschluss des Abkommens mit dem Vatikan in zwei Sätzen auf seiner Website bekannt (siehe Dokumentation), die auch von *Xinhua* übernommen wurden; darüber hinaus wurde in den chinesischsprachigen Staatsmedien das Ereignis nicht weiter beachtet.

Die semioffizielle englischsprachige *Global Times* berichtete hingegen ausführlich und lobend über die Vereinbarung, die eine „gute Nachricht“ für Chinas Katholiken sei (die Anerkennung der illegitimen Bischöfe wurde nicht erwähnt – aus chinesischer staatlicher Sicht war sie auch keine Neuigkeit, sondern der *status quo*). Genannt seien hier zwei Artikel, die mögliche zukünftige Argumentationslinien von offizieller chinesischer Seite erahnen lassen:

Am 25. September wies die *Global Times* Kritik von US-Staatssekretär Mike Pompeo am Stand der Religionsfreiheit in China zurück und erklärte: „Während Pompeo China beschuldigte, Christen zu verfolgen, unterzeichneten der Vatikan und China ein historisches Abkommen über die Bischofsernennungen. [...] Wie der Vatikan die Angelegenheiten der Katholiken Chinas versteht, weicht von Pompeos Sicht ab.“ Kong Chenyan vom Zhejiang Institute of Socialism schrieb am 28. September in der *Global Times*, zwar sähen viele das Abkommen als Chance für die „über 6 Mio.“ chinesischen Katholiken, „in Gemeinschaft mit der Weltkirche zu sein“, doch es gebe auch Kritik von westlichen Medien und Klerus außerhalb des Festlands, die Chinas Glaubensfreiheit feindlich gesinnt seien. Diese ver-

suchten aus politischen Motiven, „die Untergrundkatholiken in China und andere dazu anzustiften, die Autorität des Heiligen Stuhls und des Papstes infrage zu stellen“. „Unter diesem Druck“ habe der Papst einen Brief geschrieben, um „die zu trösten, die misstrauisch sind“. Kong ist der Ansicht, dass, nachdem beide Seiten „kognitive Barrieren“ überwunden hätten, die noch zu klärenden Fragen, wie zum Beispiel die der „Untergrundkirchen in China“, „eher technisch und nicht zu schwer zu lösen“ sein dürften. – Nach diesem Muster könnten Behörden also dazu übergehen, Katholiken, die sich bestimmten Zwangsmaßnahmen – etwa dem Druck, in die Patriotische Vereinigung mit ihrer die Unabhängigkeit (von Rom) festschreibenden Satzung einzutreten – widersetzen, vorzuwerfen, dass sie „gegen den Papst“ sind.

„Der alte Schlauch der ‚selbstverwalteten und unabhängigen Kirche‘“ werde durch das Abkommen mit neuem Wein gefüllt, schrieb Wang Meixiu, Katholizismusforscherin der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, in einem von *AsiaNews* publizierten Kommentar: Nun sei die „letzte und unabhängige“ Vollmacht des Papstes über die Ernennung der Bischöfe anerkannt. Bei künftigen Bischofsweihen müsse die verletzte Ernennungsurkunde vom Papst persönlich unterschrieben sein. Wang räumte ein, dass auch in Zukunft „die Beteiligung der chinesischen Regierung auf allen Ebenen“ sehr wichtig bleiben werde. Sie erklärte außerdem, dass eine Anerkennung des Klerus im „Untergrund“ durch die Regierung und deren [obligatorischer] Eintritt in die Patriotische Vereinigung nicht notwendig miteinander verbundene Fragen seien. Denn die Patriotische Vereinigung sei nach ihren eigenen Statuten eine „freiwillig“ von patriotischen Katholiken gebildete „Massenorganisation“, also keine Kirche, sie müsse die ihr durch die eigenen Statuten auferlegte Einschränkung respektieren.

Reaktionen aus der chinesischen Kirche

Ein anonymes „Pressesprecher“ der Chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung und der (offiziellen) Chinesischen katholischen Bischofskonferenz nannte in einer Erklärung, die am 23. September auf der Website der beiden Gremien erschien, das Abkommen zwischen den „beiden Staaten“ eine „gute Nachricht“. Er beteuerte jedoch, dass man an dem „Prinzip der Unabhängigkeit, Autonomie und Selbstverwaltung“ festhalten werde. Die chinesische katholische Kirche „gehört zum gleichen Glauben wie die katholischen Kirchen aller Länder der Welt“. Die Erklärung trägt damit sozusagen die Handschrift des Nationalen Büros für religiöse Angelegenheiten (NBRA) und der Einheitsfrontabteilung (EFA) der Partei, die die beiden katholischen Gremien beaufsichtigen. Wang Zuo’an, NBRA-Direktor und EFA-Vizeminister, hatte Mitte August im Parteiorgan *Qiushi* das Prinzip der Unabhängigkeit erneut betont und geschrieben, dass „zwischen Chinas Religionen und den Religionen des Auslands keine untergeordneten Beziehungen bestehen“.

Die Meinungen innerhalb der Gemeinschaften der katholischen Kirche Chinas, soweit sie auf privaten Blogs und in den sozialen Netzwerken in China veröffentlicht werden konnten oder von westlichen kirchlichen Medien wiedergegeben wurden, gingen sehr weit auseinander und es herrschte große Verwirrung – umso mehr, als der eigentliche Inhalt des Abkommens ja unbekannt ist.

Der Blogger-Priester Gan Baolu schrieb optimistisch, China habe mit dem Abkommen seinen seit 60 Jahren vertretenen Standpunkt aufgegeben, dass ausländische Kräfte sich nicht in Chinas innere Angelegenheiten einmischen dürften, und *de facto* die Universalkirche mit dem Papst als ihrem Oberhaupt anerkannt. *AsiaNews* und *UCAN* zitierten anonym zahlreiche Kommentare chinesischer Katholiken: Einige von ihnen befürworteten das Abkommen als ersten Schritt und Neuanfang, wenn auch meist mit Vorbehalten, z.B. der Frage, ob die Partei es wirklich respektieren werde. Es wurden positive Erwartungen geäußert, wie die Hoffnung, dass der Papst nun pastorale Botschaften direkter an die chinesische Kirche richten könne, die bezüglich Ehe, Familie und dem Verhalten der Priester viele Probleme habe, oder dass die vielen vakanten Bischofsstühle nun besetzt werden könnten. Ein Priester sagte, zumindest werde es nun nicht mehr zu illegitimen Weihungen oder Messfeiern unter Teilnahme exkommunizierter Bischöfe kommen; er hoffe, dass die wiederaufgenommenen Bischöfe „sich der Vergebung des Papstes würdig erweisen“. Viele Kommentare nahmen gerade daran Anstoß, dass unter den begnadigten Bischöfen solche mit „Geliebten und Kindern“ seien.

Auch der Zeitpunkt des Abkommens, angesichts zunehmender Unterdrückung der Religionen in China, wurde kritisiert – als ob man die gegenwärtige Lage preisen wolle, wie es ein Priester aus der offiziellen Kirche formulierte. Eine Katholikin aus Shanghai forderte, der Vatikan solle das Abkommen veröffentlichen, um Manipulationen und Missverständnisse zu vermeiden. Wenn er nicht an den offenen Fragen, wie der Zukunft der Untergrundbischöfe oder dem Schicksal der inhaftierten Bischöfe, arbeite, riskiere er ernstlich, seine Glaubwürdigkeit bei den chinesischen Gläubigen zu verlieren. Ein Untergrundbischof sprach von seiner schwierigen Aufgabe, die enttäuschten Gläubigen zu ermutigen, den authentischen Glauben und die Einheit mit dem Heiligen Vater zu bewahren. Die Gemeinschaft im Untergrund könne nicht weiter existieren, sagte ein Untergrundpriester aus Mindong, aber er werde nie der Patriotischen Vereinigung beitreten, sondern eher „nach Hause gehen“.

Kirchliche Stimmen außerhalb Festlandchinas

Hier war das Echo ähnlich gespalten. Nur einige Argumente können hier herausgegriffen werden.

Viele der katholischen China-Beobachter betrachten es als generell positiv, dass China dem Papst nun eine Rolle bei den Bischofsnennungen zugesteht und dass es zum ersten Mal seit 60 Jahren aus kirchlicher Sicht keine illegi-

timen Bischöfe mehr gibt. So schrieb Bischof Stephen Lee Bun Sang von Macau am 24. September in einer Erklärung, das Abkommen sei eine gute Sache für die Gemeinschaft der chinesischen Kirche mit der Weltkirche. Auch P. Jerom Heyndrickx CICM vom Verbiest Institute in Leuven, bekannt als Befürworter des Dialogs, bezeichnete es als „gut für die Kirche in China“. Anthony Lam vom Holy Spirit Centre der Diözese Hongkong nannte die Unterzeichnung „vom Wesen her gut“. Die Gemeinschaft Sant’Egidio, die Austausch mit der chinesischen Kirche pflegt, begrüßte das Abkommen am 22. September als „seit Jahrzehnten erwarteten“ wichtigen Schritt vorwärts, der positive Auswirkungen auf die Versöhnung haben und neuen pastoralen Schwung für alle katholischen Gemeinschaften in China bringen werde. Diese „Einheit“ bedeute unter den gegebenen Umständen lediglich, den Untergrund in den Käfig zu stecken, in dem sich der Obergrund bereits befinde, schrieb hingegen der Hongkonger Kardinal Joseph Zen, am anderen Ende des Meinungsspektrums, in einem Blogbeitrag vom 2. Oktober.

Was wird der Papst bei den Ernennungen nun eigentlich zu sagen haben? Der China-Experte P. Jean Charbonnier von der Société des Missions étrangères de Paris ist der Ansicht, dass das (mutmaßlich im vorläufigen Abkommen festgelegte) Vetorecht ein Gewinn für den Papst hätte sein können, doch es sei bereits dadurch in Abrede gestellt worden, dass der Papst der Anerkennung aller sieben illegitimen Bischöfe zustimmen musste, die ohne seine Zustimmung und teilweise gegen seine ausdrückliche Ablehnung geweiht worden waren. In der Anerkennung der illegitimen Bischöfe sieht Charbonnier eine Schwächung der Autorität Roms bei den Katholiken im Untergrund, die die Kehrtwende des Heiligen Stuhls nicht verstehen könnten; dies sei aus Sicht der chinesischen Psychologie ein „unerträglicher Gesichtsverlust“. Sr. Beatrice Leung, in Taiwan lebende Hongkonger Expertin für die sino-vatikanischen Beziehungen, nennt als warnendes Beispiel das sino-britische Abkommen zur Rückgabe Hongkongs – trotz der Abmachung „ein Land, zwei Systeme“ übernehme Beijing in Hongkong zunehmend die volle Kontrolle, und so könnte aus einem Vetorecht des Papstes leicht „kein Recht für den Papst“ werden. Charbonnier wies außerdem darauf hin, dass das Abkommen vom chinesischen Außenministerium unterzeichnet wurde, das sich traditionell liberaler geben könne, auch wenn in der Innenpolitik die Zügel angezogen würden.

Viele Stimmen zeigen sich besorgt über die Zukunft der 36 Untergrundbischöfe (davon 19 im Amt – Zahlen von Ende 2018) und der Untergrundgemeinschaften überhaupt. Kardinal Zen zufolge „wird die chinesische Regierung mit Hilfe des Vatikans die Untergrundkirche erfolgreich eliminieren“. Nach Meinung von Anthony Lam brauchen die Katholiken in den Untergrundgemeinden eine „Übergangszeit“, um sich dem „neuen Umfeld“ anpassen zu können. Er geht davon aus, dass sie weniger Freiräume genießen

werden als bisher und vieles der Regierung melden müssen. Lam zeigt sich aber überzeugt, dass es trotzdem auch künftig noch „genug Raum“ geben werde, um „den Glauben unversehrt zu bewahren“.

Charbonnier fragt, ob das Recht der Untergrundbischöfe, sich nicht der Patriotischen Vereinigung anzuschließen, von der Kirche anerkannt wird – wenn nicht, bestünde das Risiko, dass der Untergrund, diese treuesten der Katholiken, „doppelt klandestin“ würden, auch gegenüber der Kirche. Weiter fragt er, ob das Abkommen eine Klärung der Rolle der die Bischofskonferenz immer noch dominierenden Patriotischen Vereinigung enthalte und ob die Autorität der Bischöfe in religiösen Fragen respektiert werde. P. Sergio Ticozzi PIME vom Holy Spirit Study Centre äußerte in diesem Zusammenhang kurz vor dem Abschluss des Abkommens die Befürchtung, „dass die zweideutige Haltung des Vatikans zu den Prinzipien der Autonomie und Unabhängigkeit der chinesischen Kirche unglücklicherweise beibehalten wird“.

Für einen großen Teil der Kommentatoren liegt ein Widerspruch darin, dass der Vatikan Hoffnung auf eine Abmachung mit einem Regime setzt, das gleichzeitig den Zugriff der Partei auf die Religionen verstärkt und die Religionsausübung immer weiter einschränkt. Der Journalist Michael Sainsbury, der für die katholische Nachrichtenagentur *UCAN* schreibt, sieht als Schattenseite des Kompromisses mit Beijing das „selbstaufgelegte Schweigen des Vatikans, für wer weiß wie lange, zu verschiedenen Formen der Unterdrückung in China, einschließlich der von Katholiken“. Papst Franziskus sei unerschrocken für die Rechte der Flüchtlinge oder der Rohingya eingetreten, so Sainsbury, und es sei deshalb mehr als bedauerlich, dass der Vatikan sich zur menschlichen Tragödie der Internierung von bis zu 1 Mio. muslimischer Uiguren in Umerziehungslagern nicht äußern könne.

Wie Gan Baolu schreibt, ist das umstrittene Kind nun geboren und alle Seiten können sich jetzt nur dem (vorläufigen) „Post-Abkommens-Zeitalter“ stellen. Während die unmittelbaren Auswirkungen sich sicher bald deutlicher zeigen werden, wird man nach P. Heyndrickx' Einschätzung erst in „Dekaden, vielleicht Generationen oder sogar Jahrhunderten“ sagen können, ob das Ziel des Abkommens, die Sicherung des katholischen Glaubens in der atheistischen Volksrepublik, erreicht worden ist. P. Charbonnier, der das Abkommen mit einem Testballon zur Prüfung der Windverhältnisse vergleicht, beschwört die Hoffnung, dass es keinen zerstörerischen Taifun in der Kirche auslösen werde, der ihren friedlichen Flug über China erneut um Jahrzehnte verzögern würde. Da ist es ein Trost zu wissen, dass der Glauben der chinesischen Katholiken schon schwere Stürme überstanden hat. Wünschen aber möchte man ihnen solche Stürme nicht.

Katharina Wenzel-Teuber

Quellen (2018): *AsiaNews* 19.09. (P. Sergio Ticozzi PIME); 24.09. (Stimmen aus der chinesischen Kirche); 4.10. (Wang Meixiu); *chinacatholic.cn* 23.09. (Pressesprecher Patriotische Vereinigung und Bischofskonferenz); *Eglises d'Asie* 27.09. (P. Jean Charbonnier MEP – englische Übersetzungen in *AsiaNews* 28.09. und *UCAN* 1.10.); *Global Times* 25.,28.09.; *oclarim.com.mo/en* 29.09. (Erklärung Bischof Stephen Lee vom 24.09.); *oldyosef.hkdvac.com* 2.10. (Kardinal Joseph Zen); *qstheory.cn* 17.08. (Wang Zuo'an); *santegidio.org* 22.09.; *UCAN* 24.09. (Stimmen aus der chinesischen Kirche); 25.09. (Sr. Beatrice Leung); 27.09. (Anthony Lam u.a.); 1.10. (Michael Sainsbury); *Verbiest Update* Nr. 44 (P. Jeroom Heyndrickx CICM); *Xinhua* 22.09.; http://blog.sina.com.cn/s/blog_702de27d0102xv63.html (Gan Baolu); private Quelle.

Entwurf der „Maßnahmen für die Verwaltung von religiösen Informationsdiensten im Internet“ veröffentlicht

Das Internet hat in den letzten Jahrzehnten den Religionen die Möglichkeit geboten, die von der partei-staatlichen Religionspolitik auferlegte enge Begrenzung ihrer Aktivitäten und Publikationen auf die registrierten Stätten zu durchbrechen und auch weitere Kreise der Gesellschaft zu erreichen. Die sozialen Medien sind auch für die Kommunikation innerhalb der Religionsgemeinschaften essentiell geworden. Eine staatliche Regulierung der „Religion im Internet“ war schon länger angekündigt und durch zwei Paragraphen in den 2017 revidierten „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ angelegt. Nun hat das Nationale Büro für religiöse Angelegenheiten am 10. September 2018 einen Entwurf für „Maßnahmen für die Verwaltung von religiösen Informationsdiensten im Internet“ zur Einholung von Meinungen veröffentlicht, die Eingabefrist endete am 9. Oktober 2018.

„Religiöse Informationen im Internet“ im Sinn der Maßnahmen sind auf Religion, inklusive religiöse Lehren und Vorschriften, religiöse Kultur und religiöse Aktivitäten, bezogene Informationen in Schrift-, Bild-, Ton- oder Videoform, die durch Websites oder unter Nutzung von Diskussionsforen, Blogs, Microblogs, öffentliche Konten [z.B. bei WeChat], Instant Messaging etc. verbreitet werden (§ 2). Diese Definition umfasst, sowohl was den Inhalt als auch was das Medium angeht, praktisch alle religionsbezogenen Äußerungen im Netz.

Als „religiöse Informationsdienste im Internet“ gelten dem Entwurf zufolge „das Veröffentlichende von religiösen Informationen im Internet“ und das „Zurverfügungstellen von Plattformen zur Verbreitung von religiösen Informationen im Internet durch im Inland der VR China gemäß dem Gesetz gegründete Organisationen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit“ (§ 2). Der Antrag auf eine „Lizenz für religiöse Informationsdienste im Internet“ kann nur durch solche Organisationen gestellt werden (§ 7). Das wurde von manchen Kommentatoren so verstanden, dass Einzelpersonen künftig keinerlei religiöse Informationen im Internet veröffentlichen dürften – so sahen es etwa ein von *UCAN* zitierter katholischer Diözesaninternetadmi-

nistrator aus China und ein Kommentar der *South China Morning Post*. Dies geht aus dem Text aber nicht eindeutig hervor. – Viele Blogs und Microblogs werden von Priestern, Mönchen, Imamen oder einfachen Religionsanhängern privat betrieben; auch viele Websites oder öffentliche Konten von katholischen Diözesen laufen unter dem Namen von einzelnen Kirchenmitgliedern.

Der Antrag auf Lizenz ist bei der Religionsbehörde auf Provinzebene zu beantragen (§ 8) und deutlich sichtbar auf der Plattform des Anbieters zu platzieren (§ 11).

Einige Hinweise auf weitere Bestimmungen: Ausländische Organisationen und Einzelpersonen dürfen keine religiösen Internet-Informationendienste in China anbieten (§ 7). Nur religiöse Organisationen, religiöse Ausbildungsstätten und Stätten für religiöse Aktivitäten mit einer Lizenz für religiöse Internetdienste dürfen Predigten religiöser Amtsträger auf ihren eigenen Internetplattformen veröffentlichen (§ 16). Nur religiöse Ausbildungsstätten mit dieser Lizenz dürfen online religiöse Fortbildungen anbieten, und zwar für ihre Studenten und für religiöse Amtsträger (§ 17) – dies hieße, dass online keine religiöse Fortbildung für normale Gläubige erlaubt ist. Keine Organisation oder Einzelperson darf religiöse Aktivitäten wie Buddhaverehrung, Weihrauchopfer, Fasten, Schriftrezitation, Gottesdienste etc. online in Schrift, Bild, Ton oder Video verbreiten (§ 18) – das heißt, religiöse Aktivitäten werden aus dem virtuellen Raum verbannt und wieder auf die „Kirchenmauern“ beschränkt. Alle Internetanbieter ohne Lizenz für religiöse Informationsdienste müssen ihre Nutzer am Publizieren religiöser Inhalte auf ihren Plattformen hindern (§ 22).

Erstmals überhaupt in einer landesweiten gültigen Rechtsnorm findet sich in dem Entwurf ein Verbot, „Minderjährige zur Teilnahme an religiösen Aktivitäten anzustiften“. Es wurde in den Katalog der Inhalte und Handlungsweisen, die in religiösen Informationsdiensten im Internet nicht vorkommen dürfen (§ 15), aufgenommen. Es scheint, dass hier gleichsam „durch die Hintertür“ begonnen werden soll, die in letzter Zeit an zahlreichen Orten vorgenommenen behördlichen Verbote des Besuchs von religiösen Stätten und Religionsunterricht durch Minderjährige rechtlich zu legitimieren.

Wenn die „Maßnahmen für die Verwaltung von religiösen Informationsdiensten im Internet“ in dieser Form verabschiedet und durchgesetzt werden, werden die Möglichkeiten der Meinungsäußerung und der Verbreitung der Religionen in China auf drastische Weise beschnitten werden.

Katharina Wenzel-Teuber

Text des Entwurfs der „Maßnahmen für die Verwaltung von religiösen Informationsdiensten im Internet“ 互联网宗教信息服务管理办法 (征求意见稿) unter <http://zqyj.chinalaw.gov.cn/readmore?id=2602&listType=2&PageIndex=1>, eine englische Übersetzung bei chinalawtranslate.com. Weitere Quellen (2018): *AsiaNews* 11.09.; *South China Morning Post* 16.09.; *UCAN* 19.09.; 3.10.

Abschluss der Restaurierung der katholischen Nordkirche in Beijing

Nach etwa zweijähriger Restaurierung wurde in der Nordkirche (Beitang 北堂) am 22. Juli 2018 erstmals wieder eine Sonntagsmesse gefeiert. Erzbischof Joseph Li Shan 李山 bedankte sich kurz bei den Behörden und bei allen, die bei der Restaurierung mitgeholfen haben. Er meinte in einem kurzen Satz auch: „Lasset uns beten für eine baldige Herstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der chinesischen Regierung.“

Die Restaurierungsarbeiten der Nordkirche sind noch nicht vollends abgeschlossen, aber nun gibt es wieder jeden Sonntag um 6.00, 7.00 und 8.00 Uhr Messen, und auch am Nachmittag, um 16.00 und 18.00 Uhr, werden am Sonntag Messen gelesen. Außerdem wurde verkündet, dass der Sitz des Bischofs bereits von der Südkirche (Nantang 南堂) an die Nordkirche übertragen worden ist. Jetzt soll auch die Südkirche renoviert werden, d.h. in der kommenden Zeit werden viele Kirchenbesucher, die sonst in die Südkirche zum Messbesuch kommen, an der Nordkirche erwartet.

Diese erste Bischofsmesse an der neu renovierten Nordkirche wurde am 22. Juli um 8.00 Uhr zelebriert, und etwa zehn Priester der Diözese haben konzelebriert. Nach den üblichen beiden Frühmessen (um 6.00 und 7.00 Uhr) war auch diese Messe gut besucht und die Organisation war perfekt: der Chor, die Harmoniumbegleitung, die Mikrofonanlage, die Beleuchtung, die Kameras, alles technisch perfekt, wie es in China auch sonst üblich geworden ist – technische Perfektion beherrscht das Geschehen bei allen großen Ereignissen. Etwas seltsam wirkten die zahlreichen Vertreter des „Ordnungspersonals“, die während der gesamten Messfeier mit Mikrofon am Ohr und Funkgerät am Gürtel in den Seitengängen standen und die Messe beobachteten. Man hatte offensichtlich Sorge, dass bei dieser wichtigen Messe ein Zwischenfall passieren könnte. Angeblich sind einige Katholiken mit der Restaurierung der Kirche sehr unzufrieden.

Der Kirchenbesucher ist im Sommer besonders dankbar dafür, dass bei der Renovierung auch eine Klimaanlage eingebaut wurde. (Die Nordkirche ist somit die erste größere katholische Kirche in Beijing, die eine Klimaanlage besitzt.) Ich kann mich noch gut an einen Kirchenbesuch im Juli 2015 erinnern, als mir trotz mehrerer Ventilatoren, die an den Säulen der Nordkirche installiert waren, der Schweiß nur so herunterlief, eine Tortur, in der feucht-heißen Atmosphäre mit so vielen Menschen auf engstem Raum für eine Stunde und länger auszuhalten. Wie angenehm kühl war es diesmal! Da machte es auch wenig, dass die Predigt wie üblich länger als 20 Minuten dauerte. Es war etwas schade, dass Bischof Li bei diesem besonderen Anlass nichts zur Geschichte der Nordkirche, zur Beijinger Kirchengeschichte oder zu den Details der neuen Ausstattung des Gotteshauses sagte.

Ein geschichtsträchtiger Ort

Die Nordkirche ist eine der geschichtsträchtigen Orte der katholischen Kirche in China. Sie wurde von französischen Jesuiten im Jahr 1703 an einem Ort nahe des Kaiserpalastes gebaut, den Kaiser Kangxi 康熙 aus Dankbarkeit für eine Heilung von Malaria zur Verfügung gestellt hatte. Im Jahr 1828 wurde die Kirche aber konfisziert und zerstört, dann wurde der Kirchengrund im Jahr 1860 Bischof Joseph-Martial Mouly CM (1807–1868) übergeben, der dort eine neue Kirche baute und den Bischofssitz aufschlug (vorher, d.h. von ca. 1690 bis 1828, war der Bischofssitz an der Südkirche gewesen). Im Jahr 1888 wurde aber diese Kirche von Bischof Mouly „umgesiedelt“, und zwar aus der direkten Nachbarschaft zum Kaiserpalast etwa 500 Meter weiter nach Westen, zum heutigen Ort, der „Xishiku“ 西什庫 heißt, weswegen die Nordkirche auch „Xishiku-Kirche“ genannt wird. Dort, an der neuen Lokation in Xishiku, wurde im Jahr 1889 unter der Leitung des mutigen Bischofs Alphonse Favier CM (1836–1905) eine neue, noch größere Kirche gebaut, eben die heutige Nordkirche, die ein sehr großes Areal umfasste, auf dem die Schwesterngemeinschaft der Vinzentinerinnen, ein Waisenhaus, Schulen, eine Druckerei, die Bibliothek und weitere Einrichtungen angesiedelt waren. Umgeben war das Kirchenareal von einer Mauer. Die Kirche erlebte einen heißen Sommer im Jahr 1900, als etwa 3.000 chinesische Katholiken und ca. 50 Franzosen von den Boxern belagert wurden, und zwar 62 Tage lang. Viele starben an Verletzungen oder an Hunger, die meisten haben die Belagerung aber überlebt, und die Kirche wurde vor der Zerstörung bewahrt. Das war wohl auch der Nervenstärke von Bischof Favier zu verdanken.

Im Jahr 1946 zog dann der erste Chinese als Erzbischof von Beijing in die Nordkirche ein: Thomas Kardinal Tian Gengxin 田耕莘 (1890–1967), der von den Steyler Missionaren in Shandong zum Priester ausgebildet und geweiht wurde. Im Jahr 1958 wurde der Bischofssitz an die Südkirche übertragen. Jetzt, im Jahr 2018, soll also der Bischofssitz wieder an die Nordkirche verlegt werden.

Das Bildprogramm der neuen Glasfenster

Was den Historiker besonders interessiert, sind die neuen farbigen Glasfenster der Nordkirche, sie haben nämlich im Langhaus der Kirche historische Motive. Das Langhaus hat an der Ostseite und Westseite jeweils vier sehr hohe Doppelfenster, also jeweils acht lange Flächen, die auch vorher schon mit Buntglas ausgelegt waren, allerdings nur mit einfachen geometrischen Motiven. Jetzt zeigen diese 16 Fenster jedoch Motive aus der Kirchengeschichte. Die größte Aufmerksamkeit erregen wohl die beiden Doppelfenster vorne im Langhaus. Hier sind an der Westseite (links) im ersten Fenster vier römische Kirchen übereinander dargestellt: Santa Maria Maggiore, Sankt Paul vor den Mauern, die Lateranbasilika und darunter der Petersdom. Daneben

sieht man die sechs chinesischen Bischöfe, die im Jahr 1926 in Rom geweiht wurden (deswegen ist der Bezug zu den Kirchen in Rom passend). Ganz vorne steht Bischof Zhao Huaiyi 赵怀义 (1880–1927), der an seiner Brille gut erkennbar ist. Bischof Zhao war ein Pekinger und wurde im Jahr 1926 Bischof von Xuanhua, Hebei.

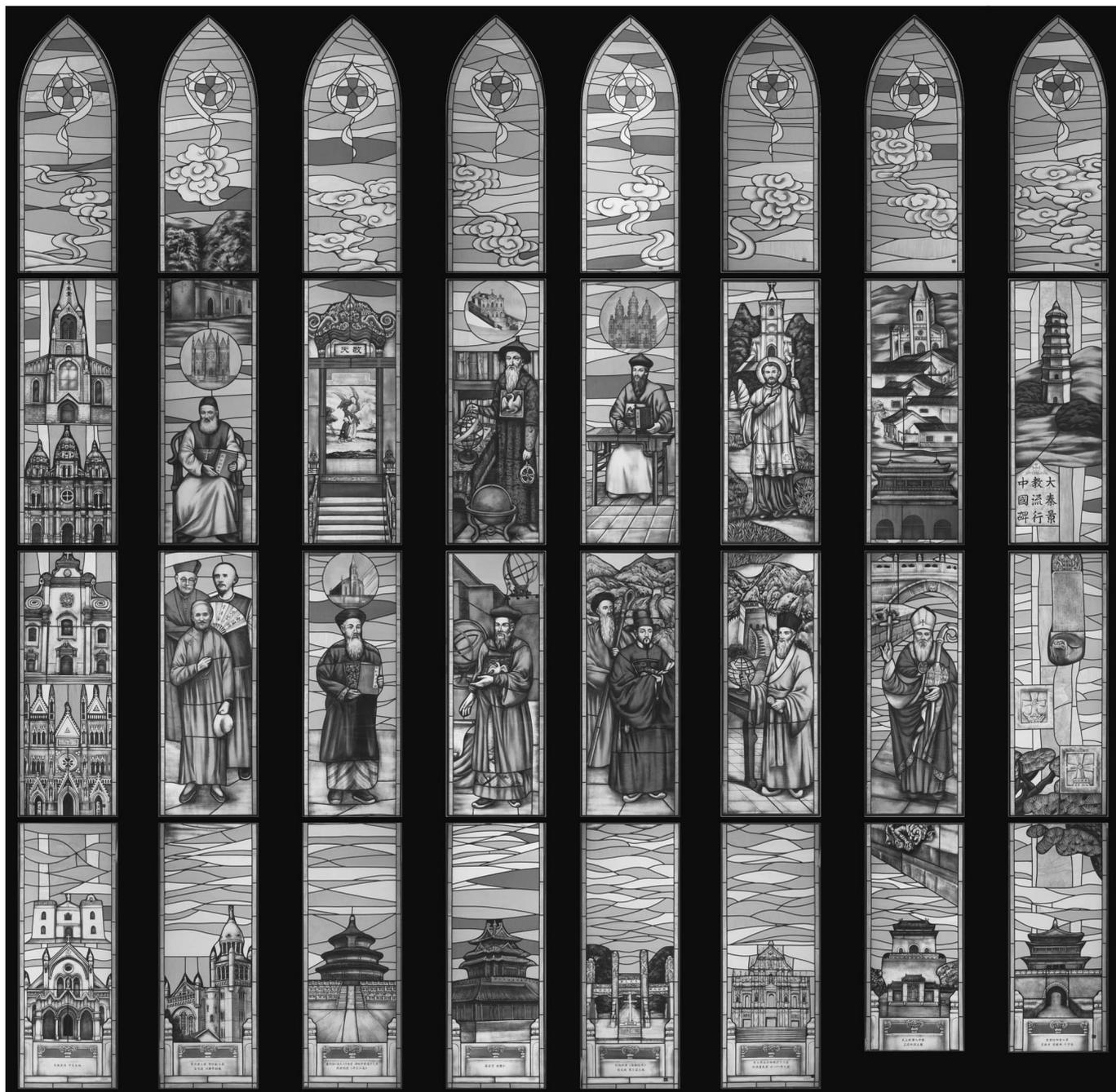
Am gegenüberliegenden Doppelfenster an der Ostseite (also rechts vorne) sind vier Kirchen Beijings dargestellt, von oben nach unten: die Westkirche (Xitang 西堂), die Ostkirche (Dongtang 东堂), die Südkirche (Nantang) und die Nordkirche (Beitang), und darunter die ältesten Kirchen von Taiwan: die Basilika in Wanjin 萬金 sowie die Kathedrale von Gaoxiong 高雄. (Die Bilder der beiden Kirchen von Taiwan können natürlich auch als politische Botschaft verstanden werden: die Insel gehört zu China.) Daneben sieht man oben (sehr gut getroffen) Bischof Favier, den Erbauer der Nordkirche, und darunter die drei Symbolfiguren der „Sinisierung“ der Kirche: Kardinal Tian Gengxin, der erste chinesische Kardinal, der ja auch an der Nordkirche residiert hat, neben ihm P. Vincent Lebbe (1877–1940), der einen Fächer mit der Aufschrift „Ganze Hingabe, wahre Menschenliebe, beständige Freude“ (*quan xisheng, zhen ai ren, chang xile* 全牺牲, 真爱人, 常喜乐) in der Hand hält – dieses Motto des Belgiers ist bei den chinesischen Katholiken ziemlich bekannt. Vor Kardinal Tian und P. Lebbe steht Bischof Celso Costantini (1876–1958) in einem dunkelblauen Talar. Er ist nicht besonders gut getroffen und relativ schlecht erkennbar, aber der Künstler hat die chinesischen Namen der Personen ganz unten ins Glasfenster geschrieben, eine willkommene Hilfe für geschichtlich nicht so beschlagene Katholiken, und das ist die Mehrzahl der Gläubigen.

Die restlichen drei Doppelfenster der Westseite zeigen Motive aus der westlichen Kirchengeschichte, die Fenster der Ostseite jedoch Personen und Kirchen aus China.

Das zweite Doppelfenster an der Ostseite des Langhauses zeigt vier Missionare, die in Beijing wirkten: Br. Castiglione (1688–1766, von ihm ist nur eines seiner Bilder gezeigt, eine Darstellung des Erzengels Michael), P. Pedrini (1670–1746) mit seinem Werk zur Musiktheorie in der Hand und mit einem kleinen Bild der Westkirche – Pedrini gilt ja als Gründer der Westkirche, P. Adam Schall (1592–1666) und P. Ferdinand Verbiest (1623–1688) – beide sind im Mandarinsgewand mit astronomischen Geräten dargestellt. Hinter P. Schall ist noch ein Bild der „alten“ Südkirche (also der Nantang, wie sie vor 1900 aussah) zu sehen, denn Schall hat im Jahr 1650 diese Kirche erbaut (oder die ursprüngliche Kapelle vergrößert).

Diesem Doppelfenster entspricht an der Westseite die Darstellung von der Enthauptung Pauli und das Apostelkonzil in Jerusalem.

Das dritte Doppelfenster an der Ostseite zeigt P. Luigi Buglio (1606–1682), den relativ unbekanntem Übersetzer vieler religiöser Texte, der auch der Gründer der Ostkirche ist. Unter ihm sind die beiden prominentesten chine-



Die vier neuen Doppelfenster an der Ostseite des Langhauses in der katholischen Nordkirche von Beijing zeigen Motive aus der chinesischen Kirchengeschichte. Eine detaillierte Beschreibung der dargestellten Personen und Gebäude findet sich im Text von Leopold Leeb. Abb.: Beitang.

sischen Katholiken des 17. Jahrhunderts zu sehen, Paul Xu Guangqi 徐光启 (1562–1633) und Gregor Luo Wenzao 罗文藻 (1615–1691), der erste einheimische Bischof von China. Im Fenster rechts daneben steht oben der heilige Franz Xavier, der 1551 auf der Insel Shangchuan (Shangchuandao 上川島) vor der chinesischen Küste starb und daher als der erste Chinamissionar der neueren Zeit gilt, auch wenn er nie in China aktiv war. Unter ihm finden wir P. Matteo Ricci (1552–1610) mit seinem typischen Hut und in Mandarinkleidung. Im Hintergrund von Franz Xavier ist die Wallfahrtskirche zu sehen, die auf der Insel Shangchuan errichtet wurde, und im Hintergrund von P. Ricci sieht man die chinesische Große Mauer. Diesem Doppelfenster entspricht

auf der Westseite die Darstellung von der Kreuzigung des Petrus und des heiligen Paulus, der vom Pferde fällt.

Das vierte Doppelfenster an der Ostseite der Kirche zeigt nur eine Person: Bischof Giovanni da Montecorvino (1246–1328), der von 1294 bis 1328 in Beijing wirkte. Über ihm ist ein Bild der Kirche von Housangyu 后桑峪 zu sehen. Housangyu ist ein katholisches Dorf in den Bergen westlich von Beijing, etwa 80 km vom Stadtzentrum Beijings entfernt. Dieses Dorf soll in der Mongolenzeit schon katholische Missionare beherbergt haben, und im Jahre 1334 gab es hier angeblich schon 100 Christen. Allerdings wurden beim Kirchenneubau in den 1990er Jahren nur zwei Steinlöwen mit einer nichtssagenden Inschrift bei der

alten Kirche gefunden. Es ist also schwer, diese lange katholische Tradition im Dorf Housangyu zu belegen. Das Dorf ist auch bekannt dafür, dass sich die etwa 120 männlichen Einwohner im Sommer 1900 bewaffnet haben und das Dorf erfolgreich gegen eine Übermacht von Boxern (angeblich 20.000 Boxer und Regierungstruppen) verteidigt haben.

Auf der rechten Seite des Doppelfensters sind zwei Abbildungen der bekannten nestorianischen Stele von Xi'an zu sehen, dazu zwei Nestorianerkreuze und eine Pagode.

Damit ist die Ostseite des Langhauses eine kleine Kirchengeschichte in Bildern: von der Kirche des Ostens, den Nestorianern (7. Jahrhundert) zu Montecorvino (ca. 1300), dann zu Franz Xavier, Ricci, Buglio, Xu Guangqi, Luo Wenzao, Schall, Verbiest, Castiglione, Pedrini, ins 19. Jahrhundert (Bischof Favier) und ins 20. Jahrhundert: Lebbe, Costantini, Kardinal Tian. Der Schwerpunkt dieser Kirchengeschichte ist Beijing und die vier Kirchen in Beijing (darum die Erwähnung von Buglio und Pedrini, die sonst nicht so bekannt sind).

Während in einem der Fenster der Westkirche (Xitang) die Hinrichtung von Christen durch Boxer dargestellt ist, findet sich in der Nordkirche keine derartige Darstellung. Die Glasfensterkunst der Nordkirche scheint also zu sagen: die chinesische Kirchengeschichte war unblutig, während es in der westlichen Kirchengeschichte nicht an Hinrichtungen fehlte (die Enthauptung des heiligen Paulus ist ziemlich drastisch dargestellt, mit davonrollendem Kopf und einem blutigen Hals). Hoch oben über dem Chor der Nordkirche sind folgende Heilige in stehender Pose, die Hände zur Anbetung gefaltet, dargestellt: Westseite: Therese von Lisieux, Johannes Vianney, Joseph Freinademetz, Franziskus von Assisi; Ostseite: die heilige Anna Wang 王安纳, der heilige Zhao Rong 赵荣, der heilige Wu Guosheng 吴国盛 und der heilige Zhang Dapeng 張大鵬. Alle diese vier Heiligen Chinas sind Märtyrer und wurden im Oktober 2000 heiliggesprochen.



Ein weiteres, im Text nicht beschriebenes neues Fenster in der Nordkirche zeigt sieben chinesische Märtyrer. Links davon eine Darstellung der Muttergottes als Kaiserin von China. Abb.: Beitang.

Im Gespräch mit einigen Katholiken wird klar, dass einige der alten Kirche nachtrauern. Sie bemängeln, dass das alte Chorgestühl aus dem Altarraum ganz entfernt wurde und dass der neue Altar zu modern sei: ein weißer Stein mit einem farbenfrohen Mosaik. Überhaupt ist die Kirche viel heller geworden, was mit der Deckenbeleuchtung zu tun hat und mit der Bemalung der Decke, den Kreuzrippen (in Gold und Rot). Die vielen Säulen der Kirche sind auch mit ziemlich schreienden Farben bemalt worden, sie sind jetzt grün und golden gestreift. Die alte Nordkirche mit ihrer mystischen, dunklen Atmosphäre ist verwandelt worden in eine blitzende, helle, „jugendliche“ Kathedrale. Alles wird neu in China, zur Freude der Jugend und zum Leid der „alten“ Katholiken.

Die Außenfassade der Kirche wurde hingegen nicht angetastet: außer einem neuen Anstrich wurde hier nichts verändert, die bisherigen Farben (weiß und grau) wurden belassen, und die Statuen der drei Erzengel Gabriel, Raphael und Michael glänzen golden von den Turmspitzen. Bischof Favier, der die Kirche vor 130 Jahren erbaut hat, freut sich sicher im Himmel über sein blitzblankes Gotteshaus und darüber, dass er an prominenter Stelle der Glasfensterserie prangt.

Leopold Leeb

Im Konferenzzelt: Konferenz zur Inkulturation des Katholizismus in China (天主教在中国的本地化) in Jilin

Die Konferenz fand vom 21.–22. Juni 2018 im Seminarium Catholicum Chilinensis (吉林天主教神哲学院) in der Stadt Jilin der Provinz Jilin statt. Sie wurde vom Seminar organisiert und von der Fu Jen Academia Catholica (辅仁大学天主教学术研究院) der Fu Jen Catholic University in Taipei mitunterstützt. Sie war gleichzeitig die Abschlussveranstaltung zur Feier des 30. Jahrestages der Wiedereröffnung des Seminars (1987). Unter den gegebenen aktuellen Verhältnissen in China ist es eher etwas Seltenes, wenn nicht gänzlich Beispiellooses, dass ein Seminar eine Konferenz in einem solchen Umfang mit konkreter Kooperation über die Grenzen Festlandchinas hinaus erfolgreich organisieren kann. Tatsächlich war dies sogar das zweite Mal, dass die beiden Institutionen sich für ein solches Ereignis zusammenschlossen. Beim ersten Mal wurde eine ähnlich organisierte Konferenz vom 15.–16. Juni 2015 zum Thema transkultureller Scholastizismus (*kuawenhua de shilinzhexue* 跨文化的士林哲学) ebenfalls in Jilin abgehalten.

Die Präsentation von Beiträgen und Diskussionen war in drei Sitzungen mit insgesamt vier Referenten vom Seminar und sechs aus Taiwan unterteilt. Jedem Referenten – mit Ausnahme eines Sonderberichts – standen 20 Minuten für die Präsentation zur Verfügung und am Ende jeder Sitzung fand eine 30-minütige Diskussion statt, bei der die

Möglichkeit bestand, Fragen an alle Referenten dieser Sitzung zu stellen.

Die Konferenz wurde mit einer Begrüßungsansprache des Rektors des Seminars, Priester Qian Li 钱利, eröffnet, gefolgt von kurzen Reden von Priester Zhu Changyou 朱长友, Administrator der Diözese Jilin, und von Dr. Jiang Hansheng 江汉声, Präsident der Fu Jen University. Die erste Sitzung bestritten drei Wissenschaftler: Priester Niu Zhixiong 牛稚雄, Professor für Bibelwissenschaften am Seminar, präsentierte eine Abhandlung zum Thema Sabbat mit dem Titel „The Holy Time: Past and Present Understanding of Sabbatical Spirit“ (神圣的时间—安息精神的古今认识), die den Ursprung des wichtigen biblischen Konzepts Sabbat sowie seine gravierende Bedeutung damals wie heute unter besonderer Beachtung chinesischer Situationen untersucht. Professor Chen Deguang 陈德光, Direktor des Center for Scholasticism an der Fu Jen University, bot eine Synthese einiger wichtiger Beiträge von chinesischen Wissenschaftlern (vorrangig aus Taiwan) zu theologischer Inkulturation in einem Aufsatz mit dem Titel „Chinese Inculturation of Theology: a Scholastic Approach in Taiwan“ (中国神学本土化: 台湾士林学派观点); Professor Chen Fangzhong 陈方中 von der Fu Jen University gab einen sehr fesselnden Bericht und eine Analyse der sogenannten Tianjin-Bewegung unter dem Einfluss des berühmten Missionars P. Frédéric Vincent Lebbe (Lei Mingyuan 雷鸣远), eine Zusammenfassung seines Beitrags „Tianjin Movement: Its Critical Importance in the Catholic Inculturation Movement at the Beginning of the Republic Era“ (天津运动—民初天主教本地化运动的重要关键).

In der Nachmittags-Sitzung gab es drei Präsentationen. Herr Li Jianqiu 黎建秋, Präsident emeritus der Fu Jen University, gab in seiner Präsentation, die den Titel „Contemporary Challenges Facing Moral Theology“ (伦理神学在当代的挑战) trug, einen aufschlussreichen Überblick über die gegenwärtigen Herausforderungen, denen die katholische Ethik heute gegenübersteht, insbesondere im Bereich der Bio-Ethik, worin er die katholische Kirche ermutigte, mehr Aufmerksamkeit und größere Anstrengungen der Bildung und Forschung im Bereich moderner Technologien zu widmen. Priester Gong Gaode 宫高德, Assistant-Professor an der Jingyi University (Jingyi daxue 静宜大学) von Taiwan, konzentrierte sich auf die pastoralen Ansätze von Gregor dem Großen und ihre modernen Implikationen in seinem Beitrag „Inspirations for the Modern Church in Saint Gregory the Great's *Liber Regulae Pastoralis*“ (圣教宗大国的《牧灵指南》对现代教会的启示). Schließlich reflektierte Priester Jia Shaoxian 贾少先, Professor für dogmatische Theologie am Jilin-Seminar, über das Thema der Evangelisierung und des Dialogs in seiner Abhandlung „Mission and Interreligious Dialogue“ (传教和宗教之间的对话).

Am zweiten Tag begann die dritte Sitzung mit Dr. Jiang Hanshengs Bericht „The Mission and the Future of a Chinese Catholic University Hospital“ (一所华人天主教大学医院

的使命和未来) über den Beginn, die Vorbereitung und Etablierung des neu eröffneten Fu Jen Catholic University Hospital. Besonders berührend war die Partizipation an seiner Vision des Baus „eines Krankenhauses mit einer Seele“ (*yi suo you linghun de yiyuan* 一所有灵魂的医院), das sich auf die holistische Fürsorge für alle Patienten konzentriert, um die katholischen Charakteristika des Krankenhauses in vollem Umfang zu zeigen und sein Evangelisierungspotential zu verwirklichen. Für viele war dies eine wirklich augenöffnende und inspirierende Erfahrung in Bezug auf die Art und Weise, wie eine katholische Institution neue Technologie und die Mission der Evangelisierung in ihrem Dienst für die moderne Gesellschaft integrieren könnte.

Anschließend an diese Präsentation sprach ein anderes Dreigespann an Referenten über verschiedene Themen. Professorin He Jiarui 何家瑞, eine assoziierte wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fu Jen Academia Catholica, präsentierte eine komparative Studie über das Verständnis von „Wahrheit“ der beiden bekannten Philosophen Jacques Maritain und John Dewey. In ihrem Beitrag „Truth and Education: A Comparative Study of Maritain's and Dewey's Concepts of ‚Truth‘“ (真理与教育: 马里旦与杜威之“真理”概念比较研究) unternahm Professorin He den Versuch einer Harmonisierung beider Theorien, die gemeinhin als sich gegenseitig widersprechend aufgefasst werden. Der zweite Referent war Priester Gan Ruibin 甘瑞斌, Direktor des Bereichs Spiritualität (*lingxiubu zhuren* 灵修部主任) des Jilin-Seminars, der als ein erfahrener spiritueller Direktor und Lehrer seine Gedanken zur Inkulturation im Kontext der Seminausbildung mitteilte; sein Beitrag war betitelt mit „The Inculturation of Priestly Formation from the Perspective of the Implementation of Magisterial Teachings“ (从教会训导的落实谈司铎培育的本土化). Zum Abschluss legte der Rektor des Seminars, Priester Qian Li, seine Überlegungen zur Inkulturation der Kirche und der Seminausbildung in China in einer Zusammenfassung seiner Abhandlung mit dem Titel „Brief Reflections on the Church's Inculturation and the Formation of Candidates for Priesthood in Seminaries in Mainland China: With Jilin Seminary as an Example“ (浅谈教会本土化与大陆修院司铎候选人的培育—以吉林修院为例) dar. Am Ende wurde die Konferenz mit einer 45-minütigen allgemeinen Diskussion beschlossen, zu der alle zehn Referenten auf das Podium eingeladen waren, um die diversen Fragen, die vom Publikum gestellt wurden, zu beantworten.

Die Konferenz war einerseits im Großen und Ganzen in ihren Inhalten akademisch, ganz wie viele andere wissenschaftliche Treffen; dennoch war sie andererseits auch ein Unikat auf ihre eigene Art. Erstens hatten die Seminaristen ein lebhaftes Interesse an der Konferenz und stellten viele Fragen, von denen einige recht herausfordernd waren und zum Nachdenken anregten. Über das Fragen-Stellen hinaus trugen zwei Studentenchöre als Auftakt zu der Konferenz zwei herrliche religiöse Lieder vor und gaben einen andächtigen und harmonischen Ton für diese zweitägige



Die offene Atmosphäre im Konferenzzelt. Foto: Jilin-Seminar.

Veranstaltung vor. Zweitens wurde sie in hohem Maße wie eine familiäre Feier empfunden: Außer der Fakultät, den Mitarbeitern und den Studenten aus dem Seminar war auch eine große Anzahl an Priestern und Ordensschwestern aus der Diözese im Publikum, die einen großen Anteil an der Gesamtzahl von etwa 150 Teilnehmern bildeten, die bei dieser Veranstaltung zugegen waren.

Last, not least wurde die gesamte Veranstaltung in einer großen Zeltkonstruktion abgehalten, die auf einem Basketballfeld im Outdoor-Bereich aufgebaut worden war. Auf diese Weise nutzten die Organisatoren den Vorteil der herrlichen landschaftlichen Umgebung, das erfrischende Sommerklima wie auch die smogfreie Luft – etwas, was heutzutage in den meisten Teilen Chinas nicht garantiert ist – in vollem Umfang. Natürlich waren ein wichtiger Hintergrund eines solchen Arrangements beschränkte Fazilitäten und finanzielle Ressourcen. Man kommt nicht umhin, ein Daumen-hoch-Zeichen für die kreative Genialität des Jilin-Seminars zu geben. Angesichts einer möglichen Instabilität bei schlechtem Wetter waren alle wirklich dankbar, dass an diesen beiden Tagen – abweichend von der Wettervorhersage – keine sintflutartigen Unwetter, die in der vorangegangenen Woche garantierte tägliche Besucher gewesen waren, den friedvollen Ablauf der Veranstaltung störten. Noch bedeutsamer war, dass nichts für eine Versammlung, die im Namen der theologischen Inkulturation abgehalten wurde, besser gepasst haben könnte als ein Zelt. Wie Priester Qian Li in seiner Präsentation hervorhob, liegt die ultimative Quelle, treibende Kraft und Motivation für die Inkulturation in der Inkarnation des Göttlichen Wortes. Das genuine griechische Wort, das für diese göttliche Handlung verwendet wird, ist nichts anderes als *eskenosen*, das wörtlich „ein Zelt aufschlagen“ bedeutet. In der Tat wurde die Präsenz von etwas Schönerem, Erhabenem und Harmonischem an diesen beiden Tagen von allen stark empfunden, die zusammenkamen unter diesem Versammlungszelt – dem Tabernakel, der Wohnstätte des Göttlichen.

Dominic Niu

Übersetzt aus dem englischen Original in *Religions & Christianity in Today's China* 2018, Nr. 3, S. 56-59, von Eveline Warode.

In memoriam

Fu Xianwei 傅先伟 (1944–2018)

Am Morgen des 20. August verstarb Ältester Fu, der Vorsitzende der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung in China, im Alter von 74 Jahren in einem Shanghaier Krankenhaus infolge eines erst kurz zuvor festgestellten Krebsleidens. Mit ihm verlor das Land den höchsten politischen Vertreter des protestantischen Christentums in China. Sein Tod ereilte ihn inmitten laufender Amtsgeschäfte. Am 6. September fand eine Trauerfeier für ihn in der Mu'en-Kirche in Shanghai statt, zu der Gäste aus dem In- und Ausland kamen, Kondolenzschreiben von 97 Institutionen eingingen und Kränze von höchsten chinesischen Politikern aufgestellt wurden. Die Feier wurde von Herrn Fus langjährigem Stellvertreter, Xu Xiaohong 徐晓鸿, geleitet.

Fu Xianwei wurde im Februar 1944 in Ningbo, Provinz Zhejiang, in einer christlichen Familie geboren. Vor und während der Kulturrevolution, in den Jahren 1961–1978, arbeitete er in verschiedenen Fabriken. Anschließend ging er zum Militär, stationiert in Nanjing. Nach der Wiedereröffnung der Kirchen Anfang der 1980er Jahre engagierte Herr Fu sich ehrenamtlich. 1987 entschloss er sich, seine Arbeitskraft komplett in den Dienst der Kirche zu stellen; seit 1988 arbeitete er für Shanghaier Christenrat und Drei-Selbst-Bewegung. 1996 empfing er die Weihen als Ältester in der Mu'en-Kirche. Ebenso machte er einen Master-Abschluss am nationalen theologischen Seminar in Nanjing. Im Jahr 2008 wurde er zum Vorsitzenden der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung gewählt, nach einer ersten Amtsperiode von 5 Jahren in seinem Amt für weitere 5 Jahre bestätigt.

Ältester Fu galt als besonders hart arbeitender Mann, der sich nicht zu schade war, Aufgaben aller Art selbst zu erledigen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, nachdem er am Schreibtisch zusammengebrochen war, sein Terminkalender war noch bis November ausgefüllt. Die United Bible Societies China Partnership bescheinigt Herrn Fu, mehr für die Verbreitung der Bibel in China getan zu haben als irgendjemand vor ihm. In der Dekade seiner Amtstätigkeit wurden mehr als 37 Millionen Bibeln in China gedruckt, was sich insgesamt zu über 80 Millionen seit Anfang der 1980er Jahre addiert. Ältester Fu soll sich besonders für die Verteilung von Bibeln in ländlichen Gebiete und unter nationalen Minderheiten eingesetzt haben, außerdem die Kompilation der Chinesischen Studienbibel im Dezember 2017 persönlich begleitet und vorangetrieben haben.

Isabel Friemann

Quellen (2018): ccctspm.org 7.09.; chinachristiandaily.com 7.09.; ubscp.org 21.08.

Chronik zu Religion und Kirche in China 26. Juni bis 3. Oktober 2018

Die „Chronik zu Religion und Kirche in China“ erscheint seit Anfang 2010 regelmäßig in den Informationen von China heute. Da manche Nachrichten (der Redaktion) erst später bekannt werden, kann es zu Überschneidungen zwischen den Chroniken kommen, wobei jeweils in der vorangegangenen Nummer bereits erwähnte Ereignisse nicht noch einmal aufgeführt werden. Alle Chroniken finden sich auch online auf der Website des China-Zentrums (www.china-zentrum.de). – Der Berichtszeitraum der letzten Chronik (2018, Nr. 2, S. 81-92) reichte bis einschließlich 30. Juni 2018.

Politik

10. Juli 2018:

Liu Xia, Witwe von Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo, reist nach Deutschland aus

Nach 15-monatigem Tauziehen mit der chinesischen Regierung konnte Liu Xia am 10. Juli letztendlich China verlassen und nach Deutschland ausreisen, vor allem auch dank stiller Diplomatie seitens der Bundesregierung und Kanzlerin Angela Merkel sowie stetigem öffentlichem Druck und Appellen von Intellektuellen und Menschenrechtsaktivisten. Ihr Mann Liu Xiaobo war am 13. Juli 2017 im Alter von 61 Jahren in einem Krankenhaus in Shenyang an den Folgen einer Krebserkrankung gestorben. Bis zu seinem Tod verbüßte der Systemkritiker eine langjährige Haftstrafe, die am 25. Dezember 2009 gegen ihn verhängt worden war und 2020 ausgelaufen wäre. Die Dichterin Liu Xia stand seit 2010 bis zu ihrer Ausreise in Beijing unter Hausarrest, nachdem ihrem Mann im Oktober 2010 der Friedensnobelpreis zugesprochen worden war. Sie selbst wurde nie eines Vergehens angeklagt. Nachdem sich ihr Gesundheitszustand zusehends verschlechtert hatte, drängten die Bundesregierung u.a. im Frühjahr auf ihre Freilassung (*South China Morning Post* 22.07.; zeit.de 10.07.; siehe auch *China heute* 2017, Nr. 3, S. 144-145).

31. Juli 2018:

KP Chinas lanciert Kampagne zur „Förderung des patriotischen Kampfgeistes“ unter den Intellektuellen

Eine entsprechende Anweisung der Propaganda- und der Organisationabteilung der

KPCh wurde von *Xinhua* am 31. Juli veröffentlicht. Dem Dokument zufolge soll der „patriotische Kampfgeist“ (弘扬爱国奋斗精神) durch Schulungen etc. insbesondere bei jungen und mittelalten Intellektuellen an Universitäten, Forschungseinrichtungen und anderen Institutionen geweckt werden, damit ihre „ideologische, emotionale und werbebezogene Identifikation mit den Kampfzielen von Partei und Regierung gestärkt“ wird. Es gehe darum, „die Herzen der Intellektuellen zusammenzuschließen“, damit sie „[...] noch entschlossener der Partei folgen“, hieß es in einem Leitartikel der *Renmin ribao* vom 2. August. In den letzten Monaten wurden laut *South China Morning Post* (SCMP) in den intellektuellen Kreisen Festlandchinas zunehmend Stimmen publik, die sich über die politische Entwicklung seit der Abschaffung der Amtszeitbegrenzung für den Staatspräsidenten im März dieses Jahres besorgt zeigten. So listete SCMP zufolge der Juraprofessor Xu Zhangrun (Tsinghua University) in einem in den Netzwerken verbreiteten Artikel acht Hauptgründe für Angst und Panik auf, darunter verschärfte ideologische Kontrolle, Rückkehr zum Klassenkampf, Politik der geschlossenen Tür und Rückkehr zum Totalitarismus. Die Kampagne sei eine Art Reaktion der Behörden auf Kritik von Intellektuellen, lautete eine von der Zeitung zitierte Analyse (*Renmin ribao* 2.08.; *South China Morning Post* 8.08.; *Xinhua* 31.07.).

6. August 2018:

Veröffentlichung von „Maßnahmen zur Informationsoffenlegung durch wohl-tätige Organisationen“

Auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen des am 1. September 2016 in Kraft getretenen Gemeinnützigkeitsgesetzes (慈善法) der Volksrepublik China wurden vom Ministerium für zivile Angelegenheiten Regelungen veröffentlicht, die am 1. September 2018 in Kraft treten. Auf einer vom Ministerium eingerichteten öffentlichen, vereinheitlichten Informationsplattform müssen u.a. Basis-Informationen, Jahresberichte, Finanzberichte sowie Berichte über Fundraising, Programme, Stiftungen, Kapitalfluss, Investments und sonstige finanzielle Transaktionen wohl-tätiger Organisationen veröffentlicht werden. Auch die Satzung der Organisation sowie Informationen zu den Entscheidungsträgern, Gründern, wichtigen Geldgebern, Managern bis hin zu Individuen oder

Organisationen, die Verbindungen zu der betreffenden Organisation haben, müssen offengelegt werden. Organisationen, die zum öffentlichen Fundraising berechtigt sind, müssen außerdem Angaben zu den Gehältern der fünf höchstbezahlten Mitarbeiter sowie zu Ausgaben für geschäftliche Reisekosten, Fahrzeugkäufe und sonstige Ausgaben machen. – Schon am 24. Januar 2018 wurden die Maßnahmen zur Verwaltung der „Kredit-[Vertrauenswürdigkeits-]Informationen von sozialen Organisationen“ veröffentlicht und sind damit in Kraft getreten. Diese Maßnahmen beinhalten auch die Erstellung und Veröffentlichung einer Liste von Organisationen mit regelwidrigen Aktivitäten sowie einer weiteren Liste von Organisationen, die als schwerwiegend nicht-vertrauenswürdig eingestuft sind (*Xinhua* 8.08.; Text der Maßnahmen zur Informationsoffenlegung durch wohl-tätige Organisationen mit englischer Übersetzung unter www.chinalawtranslate.com/慈善组织信息公开办法/?lang=en; Text der Maßnahmen zur Verwaltung der Kreditinformationen von sozialen Organisationen mit englischer Übersetzung unter www.chinalawtranslate.com/社会组织信用信息管理办法/?lang=en). Jan Kwee

28. August 2018:

Entwurf für Zivilgesetzbuch entfernt alle Inhalte zur Geburtenkontrolle

Die chinesische Regierung hat im August zum kommenden Jahr des Schweins eine neue Briefmarke herausgegeben, die ein glückliches Schweinelternpaar mit drei fröhlichen Ferkeln abbildet. Offensichtlich ein Hinweis auf das Ende der Zwei-Kind-Politik. 2015 hatte China die seit 1979 geltende rigoros durchgeführte Ein-Kind-Politik beendet und verheirateten Paaren erlaubt, zwei Kinder zu bekommen. Damals hatte die chinesische Post zum Jahr des Affen ebenfalls eine neue Briefmarke herausgegeben – mit einem Affen und zwei kleinen Äffchen. – Wie u.a. Merics schreibt, hat der ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses Ende August einen Entwurf des neuen Zivilgesetzbuchs diskutiert. „Darin befinden sich keine Hinweise mehr auf ‚Familienplanung‘. Demnach würde die Zahl der Kinder pro Familie künftig nicht eingeschränkt,“ so Merics. Änderungen am Entwurf des Zivilgesetzes sollen dem Nationalen Volkskongress vorgelegt werden. – Laut einem Bericht von *BBC* wurde am 10. September auf der Webseite von Chinas Nationaler Gesundheitskommission verkündet, dass drei Familienplanungs-

behörden zusammengelegt und eine neue Abteilung für „Bevölkerungskontrolle (population monitoring) und Familienentwicklung“ eingeführt werde. – China sieht sich u.a. durch eine überalterte Bevölkerung, eine anhaltend niedrige Geburtenrate und einen Mangel an Erwerbstätigen zunehmend Druck ausgesetzt. Die Geburtenrate lag 2017 bei 1,6 Kindern pro Frau, viele können und möchten sich mehr Kinder nicht leisten. 2.1 wären nötig, um die Bevölkerung auf einem konstanten Niveau zu halten. – Die Provinz Jiangxi hat sicherlich auch in diesem Zusammenhang Mitte Juni neue Richtlinien erlassen, nach denen Abtreibungen nach der 14. Schwangerschaftswoche nur noch aufgrund medizinischer Indikation und mit schriftlicher Zustimmung von drei Ärzten erlaubt sind. Ähnliche Regelungen gibt es seit einigen Jahren auch in anderen Provinzen. Dies soll auch Abtreibungen aufgrund von Geschlechterselektion vorbeugen. Nach einer von der Regierung veröffentlichten Zahl von 2013 wurden seit 1971 in China 336 Millionen Abtreibungen vorgenommen (*AsiaNews* 30.08.; *BBC* 11.09.; *CNN* 8.08.; *The Guardian* 22.06.; *merica's China Update* 13/2018, 12/2018; *South China Morning Post* 28.08.; *The Telegraph* 11.09.).

Religionspolitik

Ende Juli / Anfang August 2018:

Berichte über Eskalation im „großen Sargkrieg von Jiangxi“

Mit der Begründung, Landressourcen bewahren zu wollen, hatte die Provinzregierung von Jiangxi, Südchina, schon im Februar dieses Jahres eine „Null-Erdbestattungen“-Richtlinie eingeführt. Die Webseite von China Aid betitelte das daraus folgende harte Durchgreifen als den „großen Sargkrieg von Jiangxi“. Nach Berichten der *South China Morning Post* (SCMP) ist es so, dass die häufig maßgefertigten und daher für die ärmere Landbevölkerung teuren Särge oft schon frühzeitig von den älter werdenden Menschen angeschafft werden. Die Särge werden aus dem Glauben zuhause aufbewahrt, dass man dadurch ein langes Leben und Glück für sich erwirken kann. Solche Särge können bis zu 5.000 Yuan kosten und so boten einige Kreisregierungen eine Entschädigung von ca. 2.000 Yuan an, wenn die Särge bei den Autoritäten abgeliefert würden. So konnten im Kreis Gao'an 5.800 Särge aus 24 Dörfern eingesammelt werden. Jedoch gibt es auch dramatische Fotos von alten Menschen (siehe Artikel der SCMP), die sich an ihre Särge klammern, während diese von den Behörden abtransportiert werden. – Die

Durchsetzung dieser im Februar erlassenen Richtlinie eskalierte auf lokaler Ebene, wie China Aid und SCMP berichteten. Im April und Juni dieses Jahres habe es Fälle gegeben, wo man Gräber wieder geöffnet und die Leichname dann zwangskremiert habe, da dieser Richtlinie zum Trotz doch Erdbestattungen durchgeführt worden waren. Der Provinzgouverneur Liu Qi von Jiangxi hält die Einführung einer „umweltfreundlicheren“ Begräbnisrichtlinie, die eigentlich zur Verbesserung der Landknappheit der Region gedacht war, für richtig, musste aber eingestehen, dass die Durchführung vom „Weg abgekommen“ sei und Ärger erregt habe, so *AsiaNews*. Die „drakonische“ Durchführung erfuhr auch Kritik in staatlichen Medien wie in einem Artikel der *People's Daily*, in dem die Lokalregierung aufgefordert wurde, ihre Richtlinie und deren Durchführung zu überdenken (*AsiaNews* 4.08.; *The Guardian* 1.08.; *People's Daily* 30.07.; *South China Morning Post* 31.07.).

29. Juli 2018:

Bitter Winter veröffentlicht chinesisches Geheimdokument mit einem Plan über die Niederschlagung von „Kulten“ – laut CESNUR „Kirche des Allmächtigen Gottes“ jetzt am stärksten verfolgt
Bitter Winter brachte Fotos eines Dokuments, das auf 10. April 2018 datiert und von einer „Führungsgruppe zur Verhütung und Behandlung von Kulten“ ausgestellt ist. Der Ort ist unkenntlich gemacht, es scheint aber ein lokales Parteidokument zu sein. Das Dokument enthält einen „Plan zur Entfaltung der Untersuchungs- und Regulierungsarbeit [bezüglich] des Problems der Kulte“ (开展邪教问题排查整治工作方案). Wie *Bitter Winter* erläutert, sieht der Plan vor, zwischen April 2018 und Januar 2019 gegen die „Kulte“ vorzugehen, u.a. durch Nutzung von Propaganda in den Medien, gezielte Schulungen, Ermittlungen von Anzeigen [seitens der Bevölkerung], Sammlung von Informationen und konzentrierte Festnahmen. – Die chinesischen Behörden haben eine Reihe von Bewegungen als heterodoxe „Kulte“ (*xiejiao* 邪教) definiert und verboten. Laut dem Direktor des Zentrums für Studien über neue Religionen CESNUR, Massimo Introvigne, ist die „Kirche des Allmächtigen Gottes“ jetzt die am stärksten verfolgte von ihnen und hat Falun Gong als die vom Regime am meisten angegriffene religiöse Minderheit abgelöst“. CESNUR mit Sitz in Turin besteht seit 1988, seit Mai 2018 betreibt es die Website *Bitter Winter* für Nachrichten über Religionen in China (www.cesnur.org; <https://bitterwinter.org/plan-for-persecuting-xie-jiao/freedomofbelief.net> 15.05.).

31. Juli 2018:

Die nationalen Organisationen der 5 Religionen veröffentlichen gemeinsamen Aufruf zum Hissen der Nationalflagge an allen religiösen Stätten

Die „Gemeinsame Konferenz der nationalen religiösen Organisationen“ verabschiedete das Dokument auf ihrer 6. Sitzung in Beijing; Wang Zuo'an, Vizeminister der Einheitsfrontabteilung der KP Chinas und Direktor des Nationalen Büros für religiöse Angelegenheiten, hielt dabei eine Rede. Der Aufruf der religiösen Organisationen enthält u.a. folgende Punkte: Die Stätten für religiöse Aktivitäten, die die Voraussetzung dazu haben, müssen die Flagge hissen und können an Feiertagen wie dem Nationalfeiertag, dem Tag der Arbeit, Neujahr und religiösen Feiertagen Zeremonien zum Hissen der Flagge durchführen. Bei Flaggenhiss-Zeremonien müssen die Teilnehmenden ehrerbietig Haltung annehmen, die Nationalhymne muss gespielt oder gesungen werden. Die Flagge muss an einem gut sichtbaren zentralen Ort aufgehängt werden und, wenn gleichzeitig religiöse Symbole oder Fahnen gehisst sind, vor diesen hängen. Außerdem sind die Verfassung, das Nationalflagengesetz, die Helden und Märtyrer der Flagge sowie der patriotische Kampfgeist zu studieren. Alle religiösen Ausbildungsstätten müssen ihr „Flaggenhissystem“ komplettieren und durchführen. Die Fahne – so der Aufruf – soll nicht nur über den Stätten, sondern in den Herzen der religiösen Massen wehen. – Die parteinahe *Global Times* kommentierte, für ein multiethnisches und multi-religiöses Land wie China sei die Stärkung des National- und Bürgerbewusstseins besonders wichtig. Außerdem seien Nationalflaggen an religiösen Stätten auch anderswo üblich, besonders in den USA. – Das Fahnenhissen ist Teil der landesweiten „Vier Hinein-Aktion“, durch die außer der Landesflagge auch Verfassung und Gesetze, die sozialistischen Kernwerte und die vorzügliche traditionelle chinesische Kultur Eingang in religiöse Stätten finden sollen. Sie wurde im Mai 2018 zuerst als Beitrag zur „Sinisierung“ des Islam gestartet (vgl. *China heute* 2018, Nr. 2, S. 83-86). – Die Chinesische buddhistische Vereinigung veranstaltete am 17. August ein feierliches Hissen der Nationalflagge am Guangji-Tempel in Beijing; viel mediale Beachtung fand die erste Flaggenzeremonie am Shaolin-Tempel in Henan am 27. August. Lokal war aber auch von christlichen Gemeinden zu hören, die sich der Installation der Nationalflagge an den Kirchen widersetzen (chinabuddhism.com.cn 17.08.; *South China Morning Post* 28.08.)

August 2018:

Offizielle englische Bezeichnung des Büros für religiöse Angelegenheiten auf nationaler Ebene nicht mehr SARA, sondern NRAA

Auf der offiziellen Website des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, www.sara.gov.cn, lautet seit August die englische Übersetzung dieser Institution nicht mehr State Administration for Religious Affairs (SARA), sondern National Religious Affairs Administration (NRAA). Mit der englischen Namensänderung wurde vermutlich der Tatsache Rechnung getragen, dass das Büro seit März 2018 nicht mehr dem Staatsrat – also der Regierung – untersteht, sondern der Abteilung für Einheitsfrontarbeit der Kommunistischen Partei Chinas. Die chinesische Bezeichnung Guojia zongjiao shiwu ju 国家宗教事务局 bleibt unverändert. *China heute* wird künftig die Bezeichnung „Nationales Büro für religiöse Angelegenheiten“ (NBRA) verwenden.

12. August 2018:

Chinesische Medien berichten über Prozess gegen Führer der Kirche des Allmächtigen Gottes in Heilongjiang und beschuldigen USA, „Kulte“ für anti-chinesische Aktionen zu nutzen

Seit 31. Juli 2018 laufe in Daqing ein Prozess gegen führende Mitglieder des Heilongjiang-Zweigs des „Kults des „Allmächtigen Gottes“, hieß es in einer englischen Meldung von *Xinhua* am 12. August. Sie seien im Juni 2017 verhaftet worden. Zahl und Namen der Angeklagten wurden nicht genannt. Die chinesischsprachige *Huanqiu shibao* (*Global Times*) beschuldigte am gleichen Tag die USA, Kulte zu schützen und für antichinesische Zwecke zu nutzen. Der eine Kult sei bekanntermaßen „FLG“ (d.h. Falun Gong) und dessen Gründer Li Hongzhi. Nicht alle aber wüssten, dass in China derzeit noch ein anderer Kult die Gesellschaft bedrohe, dessen Anführer sich ebenfalls in den USA verstecke, und das sei der „Allmächtige Gott“ (*quannengshen* 全能神) (*Xinhua* 12.08.). – Die in den 1990er Jahren gegründete „Kirche des Allmächtigen Gottes“ (auch bekannt als „Lehre vom Östlichen Blitz“) verkündet den Zweiten Christus, eine Wiedergeburt Christi in Gestalt einer chinesischen Frau. Sie missioniert seit Jahren vor allem in christlichen Gemeinden. Seit sie Ende 2012 in ganz China mit Weltuntergangspropheten auftrat und nach einem Mord in einer McDonald's-Filiale in Zhaoyuan/Shandong im Mai 2014 gehen die Behörden massiv gegen sie vor.

17. August 2018:

Wang Zu'an im Parteiorgan Qiushi: „Zwischen Chinas Religionen und den Religionen des Auslands bestehen keine Zugehörigkeitsbeziehungen“

Wang, seit 1. April 2018 Vizeminister der Einheitsfrontabteilung der KP Chinas sowie langjähriger Direktor des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, veröffentlichte in der parteitheoretischen Zeitschrift *Qiushi* (2018, Nr. 16) einen Grundsatzartikel über die Religionsarbeit. Darin schrieb er: „Alle Religionen unseres Landes halten am Prinzip der Unabhängigkeit, Autonomie und Selbstverwaltung fest. Zwischen den Religionen Chinas und den Religionen des Auslands bestehen keine Zugehörigkeitsbeziehungen [*lishu guanxi* 隶属关系, andere Übersetzungsmöglichkeit: „untergeordneten Beziehungen“]. Die religiösen Organisationen und religiösen Angelegenheiten unseres Landes werden von keiner ausländischen Kraft kontrolliert.“ *Reuters* wies auf die zeitgleich zu diesen Äußerungen laufenden sino-vatikanischen Verhandlungen über die Bischofsernennungen hin. – Wang äußerte in dem Aufsatz ferner, Religion sei weder eine Frage des privaten Glaubens, um die der Staat sich nicht zu kümmern brauche, noch sei sie kompletter Aberglaube, der streng kontrolliert oder gar ausgelöscht werden müsse. Er betonte, dass die Religionen [von den Behörden] mit einer Haltung des „Leitens“ zu behandeln seien. Aus dem letzten Kapitel, „An der konzentrierten einheitlichen Führung der Partei über die Religionsarbeit festhalten“, geht hervor, dass dabei die eigentliche Leitungsrolle der Partei (und nicht der Regierung) zukommt. Im März hatte die KP Chinas das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten als selbständiges Organ aufgehoben und ihrer Einheitsfrontabteilung unterstellt (*Qiushi* 17.08., online unter www.qstheory.cn/dukan/qs/2018-08/17/c_1123284988.htm; *Reuters* 18.08.).

26. August 2018:

Neue „Vorschriften für Disziplinarstrafen der KP Chinas“ werden veröffentlicht – mehrere Paragraphen betreffen Religion

Parteimitglieder dürfen nicht an eine Religion glauben. Dies legen etwa die „Vorschriften für die Einheitsfrontarbeit der Kommunistischen Partei Chinas“ von 2015 fest. Entsprechende Sanktionen enthalten die neuen – 142 Paragraphen starken – Parteivorschriften für Disziplinarstrafen. § 62 betrifft „Parteimitglieder, die an eine Religion glauben“: Diese müssen „ideologisch erzogen“ und, falls sie sich trotzdem nicht wandeln, zum Parteiaustritt ermutigt oder aus der Partei entfernt werden. Solche, die an Religion benutzenden aufwiegleri-

schen Aktivitäten teilnehmen, müssen mit Parteiausschluss bestraft werden. Weitere Paragraphen betreffen die „Organisation oder Nutzung religiöser Aktivitäten, um sich der Linie, dem Kurs, der Politik oder Beschlüssen der Partei zu widersetzen“ (§ 61), die Organisation von oder Teilnahme an „abergläubischen Aktivitäten“ (§ 63) sowie Verstöße gegen Gesetze und religiöse Bräuche anderer Länder bei Auslandsaufenthalten (§ 132). Die Vorschriften traten am 1. Oktober 2018 in Kraft. Text der *中国共产党纪律处分条例* unter <http://politics.people.com.cn/n1/2018/0827/c1001-30251784.html>; vgl. *China heute* 2015, Nr. 3, S. 156 (Vorschriften für die Einheitsfrontarbeit).

2. September 2018:

Schule in Henan verbietet Eltern, „anzuleiten, zu unterstützen, zu erlauben oder zu dulden, dass Minderjährige an eine Religion glauben oder an religiösen Aktivitäten teilnehmen“ – ähnliche Verbote auch an anderen Orten

China Aid veröffentlichte das Foto eines auf 2. September datierten „Briefs an die Familienvorstände von jugendlichen Schülern in der Großgemeinde Tongzhaipu“ – einem Ort im Kreis Tanghe, Stadt Nanyang in der Provinz Henan. Der Brief verweist darauf, dass laut Verfassung, Erziehungsgesetz, Gesetz zum Schutz der Minderjährigen und Vorschriften für religiöse Angelegenheiten das Prinzip der Trennung von Staat und Religion herrsche und dass Religion sich nicht in die Erziehung der Bürger einmischen dürfe. Es sei „eine gesetzwidrige Handlung, Minderjährige dazu anzuleiten, sie zu unterstützen, ihnen zu erlauben oder zu dulden, an eine Religion zu glauben oder an religiösen Aktivitäten teilzunehmen. [...] Die Minderjährigen dazu zu erziehen, dass sie nicht an eine Religion glauben können, ist Verantwortung und Pflicht von Schulen und allen Eltern. Gläubige wie nichtgläubige Eltern müssen ihren Kindern beibringen, dass sie Stätten für religiöse Aktivitäten nicht betreten, nicht an religiösen Aktivitäten, religiösen Fortbildungen oder Winter(Sommer)-Lagern teilnehmen dürfen.“ Der Brief enthält einen von Familienoberhaupt und Schüler zu unterschreibenden Antwortabschnitt, in dem diese bestätigen, dass sie die Anweisungen befolgen werden. Die Echtheit des Dokuments von Tongzhaipu wird gestützt durch einen Elternbrief mit dem identischen Text (ohne den Antwortabschnitt), der sich auf der Website des Parteikomitees des Bezirks Hualong der Stadt Puyang in Henan findet, er ist auf den 18. April 2018 datiert und von sechs Organen des Bezirks – darunter die Einheitsfrontabteilung – unterzeichnet. Berichte über Druck auf christliche Schüler



Unten an die Wand dieser katholischen Kirche in Henan hat die lokale Parteiorganisation die Schriftzeichen „Zutritt für Minderjährige unter 18 Jahren verboten“ gepinselt. Foto: UCAN.

und Eltern gab es vor allem aus Henan, aber auch aus anderen Provinzen. So berichtete die Hongkonger *Ping Kuo Jih Pao* (*Apple Daily*), dass nach Angaben einer Wenzhouer Kirche die Erziehungsbehörde der Provinz Zhejiang von allen Grund- und Mittelschülern gefordert habe, ihren Glauben in ein Formular mit persönlichen Daten einzutragen; 100 christliche Schüler an der Zhejiang Taishun Sekundarschule Nr. 7 seien gezwungen worden, sich als Nichtgläubige einzutragen, und an einer anderen Schule sei christlichen Schülern nahegelegt worden, sich als Nichtchristen zu bezeichnen, um ihre Zukunftschancen nicht zu gefährden. – In einem UCAN-Bericht heißt es, dass Katholiken in Henan dazu übergehen würden, sich in ihren Häusern statt in Kirchen zu treffen, damit die Kinder bei den Gottesdiensten dabei sein können; auch Priester kämen zu diesen Haus-treffen. Eine Katholikin aus der Diözese Shangqiu in Henan wird zitiert mit den Worten, es bleibe den Gemeinden nichts anderes übrig, als den Glauben heimlich an die Kinder weiterzugeben (*Apple Daily* 16.09. nach *BBC Monitoring*; www.chinaaid.net/2018/09/blog-post.html [Brief Tongzhaipu]; www.hualongqu.com/news_show.aspx?id=5497 [Brief Hualong]; UCAN 11.08.). – Ein flächen-deckendes Verbot religiöser Stätten durch Minderjährige gab es seit Jahren nur in Xinjiang; seit 2017/2018 nehmen Berichte über Verbote von Kirch- bzw. Moschee-besuchen und Religionsunterricht für Kinder auch aus anderen Gebieten zu. Siehe dazu auch den Eintrag vom 10. Juli 2018 und vom 23. Juli 2018 in der Rubrik „Buddhismus“ und vom 16. Juli 2018 in der Rubrik „Islam“; zu den Verboten des Kirchbesuchs Minderjähriger siehe *China heute* 2018, Nr. 2, S. 73, 86, 88 u.a.

10. September 2018:
Entwurf für „Maßnahmen für die Verwaltung von religiösen Informationsdiensten im Internet“ veröffentlicht
 Eine staatliche Regulierung der „Religion im Internet“ war schon länger angekündigt und durch zwei Paragraphen in den 2017 revidierten „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ angelegt. Nun hat das Nationale Büro für religiöse Angelegenheiten am 10. September 2018 einen Entwurf für „Maßnahmen für die Verwaltung von religiösen Informationsdiensten im Internet“ zur Einholung von Meinungen vorgelegt, die Eingabefrist endete am 9. Oktober 2018. Zu Einzelheiten des sehr restriktiven Entwurfs siehe den Beitrag in den Informationen.

Buddhismus

26. Juni 2018:
Chinesische buddhistische Vereinigung startet Aufruf an lokale Zweigstellen, gegen Kommerzialisierung vorzugehen
 Der offizielle Dachverband der Buddhisten richtete die „Bekanntmachung bezüglich des bewussten Vorgehens gegen den unguten Einfluss der Kommerzialisierung im Bereich des Buddhismus“ (关于自觉抵制佛教领域商业化不良影响的通知) an seine Zweigstellen auf Provinzebene. Die 7 Punkte umfassende „Bekanntmachung“ nimmt Bezug auf das 10-Punkte-Dokument „Einige Ansichten zur weiteren Regulierung des Problems der Kommerzialisierung des Buddhismus und des Daoismus“, das vom Staatlichen Büro für religiöse Angelegenheiten u.a. Behörden im November 2017 veröffentlicht wurde. Sie wendet sich gegen Kommerzialisierung im engen Sinn durch buddhistische und nichtbuddhistische Akteure, wie die Untervertragnahme von Klöstern oder den Börsengang von heiligen Bergen, kritisiert aber auch Probleme bezüglich des „religiösen Stils“, wie das Errichten von Prachtbauten und unerlaubten riesigen Statuen im Freien oder unvernünftiges Freilassen von Lebewesen. Gefordert wird eine an den Gelübden orientierte schlichte Lebensweise, stärkere Kontrolle der Klosterfinanzen, des Klerus und der Ordinationsprozesse sowie der buddhistischen Internetdienste (Text unter www.chinabuddhism.com.cn/e/action/ShowInfo.php?classid=506&id=39328; dt. Übersetzung des Dokuments „Einige Ansichten ...“ in *China heute* 2018, Nr. 2, S. 101-104). – Die Eindämmung von „Kommerzialisierung“ steht seit langem an der Spitze der Agenda der partei-staatlichen Religionspolitik in Bezug auf den Buddhismus und den Daoismus. Wie Ji Zhe, Forscher am Institut National des Langues et Civilisations Orientales in Paris, zur

South China Morning Post (21.09.) sagte, wird die sogenannte Kommerzialisierung oft von den Lokalregierungen angeführt, an die auch der größte Teil des Profits gehe, während stets die Mönche dafür verantwortlich gemacht würden.

10. Juli 2018:
200 minderjährige Novizen unter 16 Jahren werden gezwungen, das tibetische buddhistische Kloster Sers hul zu verlassen, um staatliche Schulen zu besuchen
 Laut einem Bericht des amerikanischen Senders *Radio Free Asia* (RFA) kursierte ein Bericht über die Ausweisung der jugendlichen Novizen in den tibetischen sozialen Netzwerken. Das Kloster Sers hul liegt im Kreis Sers hul (auch Dzakucha, chin. Shiqu) im Autonomen Bezirk Kardze (chin. Ganzi) der Tibeter in der Provinz Sichuan und ist nach Angaben der International Campaign for Tibet (ICT) das größte Gelug-Kloster in der historischen tibetischen Region Kham. Auch andere kleinere Klöster der Gegend seien aufgefordert worden, Novizen im Alter von 15 Jahren und darunter in staatliche Schulen zu schicken; bei Zuwiderhandeln sei den Klöstern mit der Schließung gedroht worden, so eine von RFA zitierte lokale Quelle. Ähnliche Vorfälle wurden auch aus der Provinz Qinghai gemeldet. ICT wies darauf hin, dass in Tibet Novizen traditionell sehr jung ins Kloster eintreten; schon seit Mitte der 1990er Jahre hat es laut ICT Versuche seitens der KP gegeben, den Eintritt junger Novizen zu verhindern, wobei der Grad der Durchsetzung dieser Maßnahme von Kloster zu Kloster sehr verschieden gewesen sei (rfa.org 10.07.; savetibet.org 12.07.).

23. Juli 2018:
Global Times: Minderjährige Schüler in Tibet dürfen in den Sommerferien nicht an religiösen Aktivitäten teilnehmen – Trennung von Erziehung und Religion als rechtliche Grundlage genannt
 Nach Angaben des Leiters der Abteilung für politische Erziehung einer Mittelschule in Lhasa, die *Global Times* (GT) zitierte, hat das Erziehungsministerium des Autonomen Gebiets Tibet eine entsprechende Richtlinie an die Grund- und Mittelschulen verschickt, woraufhin seine und andere Schulen entsprechende Regeln an Schüler und Eltern verschickt hätten, die die Schüler unterzeichnen müssten. Xiong Kunxin von der Minzu University in Beijing sagte der *Global Times*, die rechtliche Grundlage für diese Maßnahme sei die Trennung von Erziehung und Religion in Chinas Erziehungsgesetz. Der GT-Artikel wies darauf hin, dass „auch das Autonome Gebiet Xinjiang der Uiguren minderjährigen Schülern die Teilnahme an religiösen Aktivitäten verbietet“. – Freetibet.org berichtete, dass die Eltern von Schülern

der Oberen Mittelschule Nr. 3 von Lhasa eine sechspunktige Bekanntmachung unterzeichnen mussten, deren 2. Punkt lautete: „Während der Ferien muss den Schülern die Teilnahme an religiösen Aktivitäten untersagt werden. [...]“ – Der Autor Song Jieja in *UCAN* ist der Ansicht, dass die chinesische Religionspolitik gegenüber den tibetischen Schülern damit von einem Verbot des Besuchs großer religiöser Feste zu einem vollständigen Verbot der Teilnahme an allen religiösen Aktivitäten übergegangen ist (freetibet.org 19.07.; *GT* 23.07.; *South China Morning Post* 24.07.; *UCAN* 4.09.).

15., 23., 24. August 2018:

Der Vorsitzende der Chinesischen buddhistischen Vereinigung (CBV), Abt Xuecheng, wird wegen Vorwürfen der sexuellen Nötigung von Nonnen aller Ämter enthoben, gegen ihn ermittelt die Öffentliche Sicherheit

Xuecheng 学诚 (geb. 1966) war der ranghöchste „offizielle“ Buddhist, er leitete seit 2015 die Chinesische buddhistische Vereinigung. Zudem bekleidet(e) er das politische Amt eines Mitglieds der Nationalen Politischen Konsultativkonferenz. Er war Abt des Longquan-Klosters in Beijing, das aufgrund seiner Technologiefreudigkeit, seines hohen Anteils an Mönchen mit Universitätsabschlüssen und der vielen Laienanhänger und Freiwilligen in den chinesischen Medien als eine Art Muster für einen modernen Buddhismus gehandelt wurde. In den letzten Jahren dominierte er zunehmend das Geschehen in der CBV. Xuecheng schien auch im Vergleich mit den offiziellen Vertretern der anderen vier Religionen ein bevorzugter Ansprechpartner der staatlichen Behörden zu sein; so erhielt er als erster den rotierenden Vorsitz der 2016 gegründeten Gemeinsamen Konferenz der nationalen religiösen Organisationen. – Ende Juli kam ein 95 Seiten starker „Bericht über eine hochwichtige Angelegenheit“ in den chinesischen Online-Medien in Umlauf, den zwei ehemalige Mönche des Longquan-Klosters verfasst haben. Sie beschuldigen darin Meister Xuecheng, mit ihm in Schülerbeziehung stehenden Nonnen unter Berufung auf den Buddhismus sexuelle Handlungen aufgedrängt oder dies versucht zu haben. Als Beleg dokumentieren die Autoren Chatverläufe mit einigen Betroffenen, sie beschreiben außerdem Missstände im Longquan-Kloster wie „systematische geistige Kontrolle“ und die Heranführung der Anhängerinnen an eine idealisierende Verehrung des Meisters als Grundlage für derartige Vorfälle. Ferner beschuldigen sie Xuecheng illegaler Baumaßnahmen und Geldgeschäfte. – Am

1. August wies das Longquan-Kloster auf seiner Website die Vorwürfe als falsch und bössartig rufschädigend zurück und forderte eine Untersuchung durch die Behörden. Das Nationale Büro für religiöse Angelegenheiten (NBRA) erklärte am 2. August, es habe begonnen, den Bericht bezüglich des CBV-Vorsitzenden Xuecheng zu überprüfen. Am 15. August verabschiedete der Vorstand der CBV einen Beschluss. Darin heißt es, dass er den Rücktritt Xuechengs als Vorsitzender, ständiges Vorstandsmitglied und Vorstandsmitglied der CBV annehme und den Vizevorsitzenden Yanjue 演觉 [Abt des Guangji-Tempels in Beijing] vorübergehend mit der Leitung der CBV beauftrage. Das Dokument gibt keine Gründe für den Rücktritt an. Das NBRA veröffentlichte am 23. August einen Untersuchungsbericht: Die nötigen Textnachrichten seien echt und ein Verstoß gegen die monastische Disziplin, wofür Xuecheng bereits von der CBV zur Verantwortung gezogen werde. Bezüglich des Vorwurfs der sexuellen Nötigung werde auch durch die Behörden für Öffentliche Sicherheit der Stadt Beijing ermittelt, heißt es in dem Untersuchungsbericht; die Probleme der nicht genehmigten Gebäude und des unklaren Verbleibs von Klostergeldern – so der Bericht weiter – würden von den zuständigen Behörden weiter untersucht. Am 24. August entzog die Beijinger buddhistische Vereinigung Xuecheng sein Amt als Abt des Longquan-Klosters. – Der Sturz einer derart mächtigen Figur im System der offiziellen Religionsorganisationen wirft auch einen Schatten auf das staatliche Religionsaufsichtssystem selbst. Ji Zhe (Institut National des Langues et Civilisations Orientales, Paris) sah in diesem Zusammenhang ein Problem in der fundamentalen Machtstruktur der religiösen Autorität des Buddhismus im heutigen China. Religiöse Persönlichkeiten mit echtem Einfluss könnten nur schwer aufsteigen, wenn die Posten der Religionsführer von der Politik entschieden würden, sagte Ji der *South China Morning Post* („Bericht über eine hochwichtige Angelegenheit“ unter xqdoc. imedao.com/164f59c8b1799c43fe3a7953.pdf; bjethnc.gov.cn 25.08.; chinabuddhism.com.cn 15.08.; longquanzs.org 1.08.; sara.gov.cn 2.,23.08.; *South China Morning Post* 21.09.). – Zum Longquan-Kloster und dem Fall seines Abtes Xuecheng siehe auch den Artikel von Carsten Krause in den Themen.

Islam

16. Juli 2018:

South China Morning Post: In Linxia, dem „chinesischen Klein-Mekka“, werden Moscheebesuch und Religionsunterricht für Kinder unter 16 Jahren verboten

In Linxia im Autonomen Gebiet Ningxia der Hui haben die Behörden verboten, dass Kinder unter 16 Jahren an religiösen Aktivitäten oder am Religionsunterricht teilnehmen – berichtet die *South China Morning Post* (SCMP), ohne anzugeben, seit wann genau dieses Verbot gilt. Auch die Zahl der über 16-jährigen, die an einer Moschee unterrichtet werden dürfen, sei stark begrenzt worden. 51% der Bevölkerung der Stadt Linxia, die für ihre vielen Moscheen bekannt ist, gehören der muslimischen Hui-Nationalität an. In der Moschee eines von SCMP zitierten Imams aus Linxia hätten bisher jeweils rund 1.000 Jungen in den Sommer- und Winterferien an Korankursen teilgenommen, jetzt dürften nur noch 20 offiziell registrierte Schüler über 16 Jahren dort lernen. Gesprächspartner von SCMP äußerten sich besorgt, dass die muslimische Tradition zum Verschwinden gebracht und dass das „Xinjiang-Modell“ in Ningxia eingeführt werden könnte (SCMP 16.07.).

9.–11. August 2018:

Geplanter Zwangsabbriss der Großen Moschee von Weizhou im Autonomen Gebiet Ningxia nach Protesten Tausender gestoppt

Tausende (nach manchen Berichten Hunderte) von Hui-Muslimen protestierten drei Tage lang vor der Großen Moschee von Weizhou, nachdem die Behörden dem Verwaltungskomitee der Moschee mitgeteilt hatten, dass diese am 10. August abgerissen werde, weil sie ohne die notwendige Baugenehmigung errichtet worden sei. Laut *South China Morning Post* handelte es sich bei den Protesten um die „mit Abstand größte Oppositionsbekundung durch Hui“ gegen den massiven Druck der Regierung, die Religionen zu „sinisieren“. Der 2015–2017 offenbar mit Zustimmung der lokalen Behörden errichtete große Neubau im orientalischen Stil mit zahlreichen Kuppeln und Minaretten ersetzt einen älteren Bau aus dem Jahr 1979, der an Stelle der in der Kulturrevolution zerstörten und im chinesischen Stil erbauten 600-jährigen Moschee des Hui-Marktflückens Weizhou im Kreis Tongxin errichtet worden war. Vor Beginn der Proteste sollen die Gläubigen einen Vorschlag der Regierung zurückgewiesen haben, die neue Moschee stehen zu lassen, wenn acht der neun Kuppeln abgerissen bzw. durch Pagoden ersetzt würden (unterschiedliche Darstellung bei SCMP

und Reuters). Die semioffizielle *Global Times* sprach davon, dass bei der Renovierung die behördlich genehmigten Maße überschritten worden seien; die lokale Kommission für Disziplin-Inspektion der KP ermittle gegen die verantwortlichen Regierungskader wegen mangelnder Aufsicht. Am 11. August gaben die Behörden bekannt, dass der Moscheeabritt zunächst gestoppt und Veränderungen am Bau nur mit Zustimmung der Gemeinde stattfinden würden, so SCMP. Daraufhin zerstreute sich der Protest (AFP nach SCMP 12.08.; *Global Times* 11.08.; Reuters 10.08.; SCMP 14.08.). – Bereits im Frühjahr 2018 war berichtet worden, dass die Behörden im Autonomen Gebiet Ningxia arabische Stilelemente insbesondere von säkularen Gebäuden, aber teilweise auch von Moscheen entfernen. Im April 2017 war auf einer Konferenz über Moscheebaustile in Xi'an das Problem der „Arabisierung“ im Moscheebau kritisiert worden (vgl. *China heute* 2018, Nr. 2, S. 85; 2017, Nr. 2, S. 78).

10. / 13. August 2018:

UN-Ausschuss zur Beseitigung von Rassendiskriminierung wirft China schwere Diskriminierung muslimischer Ethnien in Xinjiang vor – chinesische Delegation dementiert

Der Ausschuss diskutierte in Genf turnusmäßig den Bericht der Volksrepublik China. In der Befragung der chinesischen Delegation äußerte Gay McDougall, Mitberichterstatte der Ausschusses für China, schwere Besorgnis darüber, dass der Staat das Autonome Gebiet Xinjiang im Namen der Bekämpfung von „religiösem Extremismus“ und „sozialer Stabilität“ in eine „rechtsfreie Zone“ verwandelt habe. Sie zitierte Berichte, nach denen mindestens eine Mio. Menschen in sog. Anti-Extremismus-Zentren und weitere 2 Mio. [sic!] in „Umerziehungslagern“ festgehalten würden, die meisten von ihnen ohne Anklage oder Verfahren. Selbst alltägliche, für Muslime ethno-religiös bedeutsame Lebensäußerungen, wie Begrüßungen, Vollbärte oder Gesichtsschleier, würden zu strafbaren Handlungen gemacht. McDougall sah auch Probleme in der neueren Gesetzgebung, wie dem Nationalen Sicherheitsgesetz von 2015, dem Anti-Terrorismusegesetz von 2016 und den Vorschriften für religiöse Angelegenheiten von 2018, die durch vage Definitionen von Vergehen in Bezug auf nationale Sicherheit, Terrorismus und Extremismus willkürliche Anklagen und Verurteilungen ermöglichten. Die chinesische Delegation erwiderte, dass es in Xinjiang keine willkürlichen Festnahmen und keinen Mangel an Religionsfreiheit

gebe. Es gebe dort keine Umerziehungszentren oder Anti-Terrorismus-Trainingszentren. Xinjiang sei ein Opfer von Terrorismus, deshalb habe das Autonome Gebiet spezielle Kampagnen zur Niederschlagung gewaltsamer terroristischer Aktivitäten nach dem Gesetz durchgeführt und eine Reihe von Verbrechen verurteilt. Kleinkriminelle würden durch Erziehung bei der Rehabilitation unterstützt, ihre Rechte in den Berufsausbildungszentren würden geschützt (Bericht unter www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=23452&LangID=E). – In einem Bericht zu Xinjiang sprach die Organisation Human Rights Watch am 9. September ebenfalls von geschätzten 1 Mio. Menschen, die ohne Verfahren in Lagern in Xinjiang festgehalten würden. Auch außerhalb der Lager seien Turkvölkern angehörende Muslime extremen Restriktionen unterworfen, z.B. in der Bewegungsfreiheit durch Checkpoints, durch politische Indoktrination, High-Tech-Überwachung, Erschwerung von Grenzübertritten und Kontakten ins Ausland (www.hrw.org/node/322139). – Die deutsche Bundesregierung hat im September 2018 die Abschiebung von Uiguren und Angehörigen anderer muslimischer Minderheiten nach China bis auf weiteres ausgesetzt (br. de 11.09.). – Siehe auch *China heute* 2018, Nr. 2, S. 76.

25. September 2018:

Sinisierung in Ningxia: Fluss wird umbenannt, weil sein Name an die dritte Frau des Propheten erinnerte

In Ningxia wurde der Fluss Aiyi (Aiyihe 艾依河) umbenannt, weil sein Name in den Ohren mancher arabisch klinge und ähnlich wie der Name der dritten Frau des Propheten, Ayisha (阿以莎) – erklärte Wang Genming, Experte für Hui-Studien, der semioffiziellen *Global Times*. Der Fluss heißt jetzt Diannonghe 典农河, wie das Amt für zivile Angelegenheiten des Autonomen Gebiets Ningxia am 17. September bekanntgab – nach Diannong, dem Namen des 112 v.Chr. zur Zeit der Westlichen Han-Dynastie gegründeten Vorläufers der heutigen Stadt Yinchuan. „Dies steht in Einklang mit Chinas Politik der Sinisierung der Religionen und ihrer Anpassung an die chinesische Gesellschaft“, zitierte die *Global Times* den Ethnologen Xiong Kunxin von der Minzu University in Beijing. Laut *Global Times* sind in ganz Ningxia Straßen, Stadtviertel und Restaurants umbenannt worden, damit sie „besser die chinesische Kultur widerspiegeln“. 36% der Bevölkerung von Ningxia gehören der überwiegend muslimischen Hui-Nationalität an (globaltimes.cn 26.09.; nxnews.net 25.09. [die amtliche Bekanntmachung ist auf

17.09. datiert, wurde aber am 25.09. online gestellt]; sueddeutsche.de 1.10.).

Christentum allgemein

Anfang Juli 2018:

Behörden in Henan fordern alle Pfarreien der Provinz auf, Daten ihrer Gläubigen zu erfassen und zu melden – Sorge um Streichung von Sozialhilfe

Ein katholischer Priester aus dem offiziellen Teil der Diözese Luoyang berichtete UCAN, dass ein lokaler Regierungsbeamter ihm am 1. Juli eine „Eilmitteilung des Spezialprojektbüros“ überbracht habe. In der Eilmitteilung hieß es, dass die Zahl der Gläubigen aller religiösen Stätten mit weiteren Angaben über ihre Lebensumstände bis 4. Juli erfasst und den übergeordneten Behörden gemeldet werden müsse. Überprüft würde der Eilmeldung zufolge auch, ob Minderjährige die Stätten besuchen, ob die amtlichen Zertifikate der religiösen Amtsträger ausgehängt sind, ob die Nationalflagge gehisst ist und die Nationalhymne gesungen wird; das Spezialprojektbüro werde offene und verdeckte Kontrollen durchführen. Der Priester sagte zu UCAN, er werde die Angaben nicht machen und er befürchte, dass die Behörden armen Katholiken die Sozialhilfe zur Sicherung des Existenzminimums streichen könnten. Ein Priester aus der Diözese Anyang in Henan berichtete UCAN, ein ähnliches Schreiben erhalten zu haben. – China Aid meldete, dass einige Dorfkomitees in Henan alte Leute benötigt hätten zu unterschreiben, dass sie nicht mehr an das Christentum glauben, unter der Androhung, dass ihnen sonst die Sicherung des Existenzminimums/die Altersrente gestrichen werde. Bereits im April war berichtet worden, dass ein Nachbarschaftskomitee in Henan die Gläubigen aller fünf Religionen aufgefordert habe, ihre Religionszugehörigkeit bei der Behörde zu registrieren. Die Registrierung einfacher Gläubiger war in der VR China bisher völlig unüblich (*AsiaNews* 11.07.; chinaaid.net 1.09.; china.ucanews.com 5.07.; UCAN 6.07.; vgl. *China heute* 2018, Nr. 2, S. 83-84).

4. Juli 2018:

The Diplomat: Chinas Arbeiten an der Neuen Seidenstraße exportiert auch „Missionare und Bibeln“

In einem Artikel in *The Diplomat* schrieb Jeremy Luedi am 4. Juli über die Verquickung von Chinas „Seidenstraßen-Initiative“ und missionarischen Aktivitäten sowohl von chinesischen als auch von einheimischen Kirchen der jeweiligen Länder für die chinesischen Arbeiter. Die weltweit größte Bibel-Druckerei, die auch für den Export druckt, ist in Nanjing. Immer mehr der exportierten Bibeln landen allerdings in chinesischen Händen, denn die Chinesen, die im Ausland

arbeiten, leben häufig in einem Umfeld, das von relativer Religionsfreiheit geprägt ist. So konvertieren immer mehr von ihnen unter dem Einfluss ihrer religiösen Mitbürger der jeweiligen Gastländer zu lokal ansässigen Religionen. Luedi zitiert einen taiwanischen Pastor, der 2017 gesagt hat, dass China auch der größte Exporteur des Christentums werden könnte (z.B. drei Viertel aller in Kenia benutzten Bibeln wurden in Festlandchina gedruckt). Die chinesischen Gläubigen sind daran gewöhnt, verdeckt zu agieren, und fließen so auch als verdeckte Missionare mit den großen Strömen chinesischer Firmen in die jeweiligen Länder ein. Sie missionieren sowohl die lokale Bevölkerung als auch die chinesischen Wanderarbeiter. Auch afrikanische, lokale Kirchen lassen ihre Pastoren Chinesisch lernen, um dann später unter den chinesischen Arbeitern wirken zu können. Christliche Missionare aus Taiwan oder Hongkong werden dagegen von den chinesischen Arbeitern eher misstrauisch beäugt, da dort mögliche Verquickungen zwischen religiösen und politischen Inhalten gesehen würden, so Luedi. So haben die afrikanischen Kirchen, die frei sind von solchem Ballast, anscheinend größeren Erfolg in der Missionierung. Andere Gruppen wie „Back to Jerusalem“ betrachten die Seidenstraßen-Initiative als Chance der Missionierung der Anrainersstaaten dieser Initiative und stecken sich hohe Ziele. Danny Lee, der UK-Direktor von „Back to Jerusalem“, wird mit der Aussage zitiert, dass man erreichen möchte, dass in Zukunft mindestens 100.000 chinesische Missionare entlang der neuen Seidenstraße evangelisieren werden (*The Diplomat* 4.07.).

Sommer / Herbst 2018:

Provinz Henan: Fortgesetzte Repressionen gegen christliche Gemeinden, besonders gegen Hauskirchen – Regierungsdokument aus Hebei gegen „katholische Untergrundkräfte“

Der seit Februar 2018 einsetzende und seit April 2018 drastisch verschärfte Druck gegen christliche Gemeinden in der Provinz Henan setzte sich im Sommer und Herbst fort. Nach Berichten von China Aid gab es Anfang September an zahlreichen Orten in Henan massive Razzien von Hauskirchen. Bei solchen Razzien wurde die Ausstattung der Kirchen zerstört oder konfisziert und in einigen Fällen Gläubige, die sich widersetzen, festgenommen oder verletzt. Am 3. September meldete China Aid, dass Kreuze in für Henan beispielloser Zahl abgerissen würden, so in Zhengzhou, Nanyang und Yuzhou; außerdem seien allein im Bezirk Jinshui von Zhengzhou 8 Hauskirchen geschlossen worden. Fortgesetzt

wurden auch die Verbote und Kontrollen bezüglich des Kirchbesuchs Minderjähriger. Nach öfters zitiert Meinung (so bei *AFP* 15.09.) richteten sich die Maßnahmen in erster Linie gegen das starke Wachstum protestantischer Gemeinden und Hauskirchen, die Katholiken seien aber mitbetroffen. Sie gehören in der Provinz zu großen Teilen dem Untergrund an. – Auch aus anderen Provinzen, wie Liaoning und Jiangsu, gab es Berichte über behördliches Vorgehen gegen Hauskirchen. In Langfang, Provinz Hebei, wurden laut China Aid Eigentümer unter Druck gesetzt, die Räume „illegal“ an nicht registrierte Gemeinden vermietet hatten. Die Organisation veröffentlichte am 21. September auch eine „Bekanntmachung zur Regulierung katholischer Untergrundkräfte nach dem Gesetz“, die von der Regierung der Großgemeinde Meihua, Bezirk Gaocheng, Stadt Shijiazhuang, Provinz Hebei unterzeichnet ist. Das Dokument, dessen Echtheit nicht überprüft werden konnte, fordert die Verwirklichung der „Drei Gibt-es-nicht“, und zwar soll es künftig keine von katholischen Untergrundkräften kontrollierten Gläubigen, keine von ihnen kontrollierten Kirchen sowie keine von ihnen betriebenen „illegalen Aktivitäten“ geben; es werden vier Telefonnummern genannt, unter denen Anzeige erstattet werden kann (*AFP* nach *South China Morning Post* 15.09.; chinaaid.org 18.07.; 25.08.; 3.,4., 7.,26.09.; chinaaid.net 1.,21.09.). Zur Situation in Henan vgl. *China heute* 2018, Nr. 2, S. 86, 87, 88-90.

Ab 13. September 2018:

Myanmar – Die UWSA geht gegen „illegale“ religiöse Aktivitäten im „Wa State“ vor

ShanNews, ein lokales Nachrichtenportal aus dem Bundesstaat Shan im Osten Myanmars, berichtete am 25.09., dass die United Wa State Army (UWSA) seit dem 13. September Abrisse nicht autorisierter Kirchen, Verhaftungen von Pastoren und Schließungen von religiösen Schulen durchführe. Die United Wa State Party (UWSP) stellt die Regierung im sogenannten „Wa State“, einem autonomen Teilgebiet im Osten von Shan in Myanmar, das an der chinesischen Grenze liegt. Die UWSA ist der militärische Arm der UWSP und auch das realiter agierende Exekutivorgan im Wa State. Am 6. September hat die UWSA eine sechs Punkte umfassende Erklärung an ihre Offiziere und die Verwaltung des Wa State veröffentlicht. Seit dem 13. September fingen als Konsequenz aus dieser Erklärung Einheiten der UWSA damit an, ausländische Missionare und Ordensleute zu verhören und teilweise auszuweisen. *UCAN* zitiert einen katholischen Priester mit der Aussage, dass es sich hauptsächlich um baptistische Ge-

meinden handle, die schnell und ohne offizielle Genehmigung Kirchen und vielleicht auch Schulen errichtet hätten. Die Lage scheint zurzeit sehr unübersichtlich zu sein. Interessant ist hier allerdings ein Zusammenfall dieser Anordnung der UWSA mit der Verurteilung von John Cao wegen der Organisation von illegalem Grenzübertritt. Cao ist ein bekannter Aktivist der chinesischen Hauskirchen-Bewegung und hatte sich laut *ShanNews* in Myanmar für den Bau von Schulen und die Auslieferung von Hilfsgütern an Arme engagiert. Die UWSP hat jedoch historische Verbindungen mit den Kommunisten in China und es scheint, dass die härter werdende Vorgehensweise der chinesischen Regierung gegenüber nicht-offiziellen religiösen Akteuren in der VR China sich über die Grenze nach Myanmar ausbreitet. Die chinesische Regierung möchte, so z.B. Bertil Lintner von *Asia Times*, sich ihre quasi Monopolstellung auf den Einfluss im Wa State sichern und Sorge dafür, dass die UWSA ausländische religiöse Aktivitäten nur sehr begrenzt zulasse (*Asia Times* 17.09.; *AsiaNews* 18.,28.09.; *UCAN* 21.,24.09.; *ShanNews* 25.09.).

Protestantismus

23. Juli 2018:

Beijinger Hauskirchen veröffentlichen Erklärung

Am 23. Juli richtete eine Gruppe von 34 Hauskirchen aus Beijing einen gemeinsamen offenen Brief an die chinesische Regierung, in der sie unter Berufung auf die Verfassung die Legitimität ihrer Existenz und Tätigkeiten erklären. Sie berichten von zunehmendem Druck und Einschränkung christlicher Aktivitäten in verschiedenen Provinzen Chinas seit Inkrafttreten der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ am 1. Februar 2018. Sie argumentieren mit Artikel 33, Absatz 3 der Verfassung, wo der Schutz von Persönlichkeitsrechten verbrieft ist, und mit Artikel 36, der Glaubensfreiheit gewährt (www.chinaaid.net/2018/07/30.html). Isabel Friemann

20. August 2018:

Fu Xianwei, Vorsitzender der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung in China, verstirbt

Ältester Fu verstarb im Alter von 74 Jahren infolge eines Krebsleidens. Sein Tod ereilte ihn inmitten laufender Amtsgeschäfte. Mit ihm verlor das Land den höchsten politischen Vertreter des protestantischen Christentums in China. Am 6. September fand eine Trauerfeier für ihn in der Mu'en-Kirche in Shanghai statt, zu der Gäste aus dem In- und Ausland kamen und Kränze von höchsten chinesischen Politikern aufgestellt wurden. Fu Xianwei wurde im Februar 1944

in Ningbo, Provinz Zhejiang, in einer christlichen Familie geboren. Seit 1988 arbeitete er für den Shanghaier Christenrat und die Drei-Selbst-Bewegung. 1996 empfing er die Weihen als Ältester in der Mu'en-Kirche. Ebenso machte er einen Master-Abschluss am nationalen theologischen Seminar in Nanjing. Im Jahr 2008 wurde er zum Vorsitzenden der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung gewählt und nach einer ersten Amtsperiode von 5 Jahren in seinem Amt für weitere 5 Jahre bestätigt (siehe Nachruf in den Informationen). Isabel Friemann

30. August / 1. September 2018:

Gemeinsame Hauskirchen-Erklärung

Eine gemeinsame offene Erklärung von verschiedenen Hauskirchen setzte am 30. August die Early Rain Covenant Church in Chengdu, Sichuan, in Umlauf. Die Schrift erinnert in ihrem Wortlaut und Charakter an die Bekenntnisschrift der Barmer Theologischen Erklärung. Bis zum 6. September hatten Leitungspersonen von 279 Hauskirchen aus ganz China dieses Bekenntnis mit Namen unterzeichnet. Sie kritisieren die zunehmenden Repressionen gegen Hauskirchen, berufen sich auf Gott als ihren alleinigen Herrn und Herrn aller Welt, verlangen eine klare Trennung zwischen Staat und Kirche und kündigen an, unter keinen Umständen den aus ihrer Sicht regierungsnahen Dachverbänden der evangelischen Christen in China beitreten zu wollen. (Siehe den Wortlaut der Erklärung in der Dokumentation dieser Nummer). Isabel Friemann

4.–7. September 2018:

Generalsekretär des chinesischen CVJM-Verbandes bei CHINA TIME 2018 in Hamburg

Dr. Wu Jianrong 吴建荣, Generalsekretär des Nationalen CVJM-Verbandes in China, war aus Anlass der größten europäischen China-Veranstaltung, der alle zwei Jahre über drei Wochen in Hamburg stattfindenden sogenannten CHINA TIME, als Gast des Zentrums für Mission und Ökumene der evangelischen Nordkirche in der Hansestadt. Eine engere Kooperation zwischen kirchlichen Einrichtungen könnte Teil der seit 1986 in einem gegenseitigen Memorandum besiegelten Städtepartnerschaft zwischen Shanghai und Hamburg werden. Dazu fanden u.a. Werkstattbesuche und Gespräche im Rauhen Haus statt, ein Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern des Fachbereichs Theologie und eine Visite der Seemannsmission. Bei einem öffentlichen Vortrag erläuterte Dr. Wu die religionspolitische Situation in China, die Rolle des CVJM

und die Arbeit des Shanghaier Verbandes mit 230 Vollzeitangestellten und 500 Ehrenamtlichen. Er betonte insbesondere die Wichtigkeit der Integration von Kindern und Jugendlichen chinesischer Arbeitsmigranten in den Städten und gab Beispiele für diesbezügliche Projekte des CVJM in Shanghai. Isabel Friemann

9. September 2018:

Bann der Zion-Kirche in Beijing

Am Sonntag, dem 9. September, beendeten Sicherheitskräfte den letzten Gottesdienst der Zion-Hauskirche in Beijing. Das Büro für zivile Angelegenheiten des Stadtteils Chaoyang verlautbarte, die Kirche habe „nicht autorisierte Massenversammlungen“ abgehalten, und gab an, „illegales Werbematerial konfisziert“ zu haben. Die im Jahr 2007 von Pastor Dr. Jin Mingri (Ezra Jin) gegründete Kirche war bis zum Frühjahr dieses Jahres relativ unbehelligt. Zu Gottesdiensten kamen bis zu 1.500 Personen zusammen, unter anderem aus der gehobenen Mittelschicht Beijings. Im April verweigerte die Zion-Kirche die Installation eines Kamera-Systems in ihren Räumen, woraufhin kurzfristig Strom und Wasser abgestellt wurden. Eine Registrierung bei den offiziellen Dachorganisationen der chinesischen Protestanten, dem Chinesischem Christenrat und der Drei-Selbst-Bewegung, lehnte die Zion-Kirche ebenfalls ab. Sechs kleinere Ableger der Kirche, die in der Umgebung von Beijing verteilt existieren, sind bereits in den vergangenen Monaten geschlossen worden (*AsiaNews* 9.10. et. al.). Isabel Friemann

16. September 2018:

Amity Foundation wählt neue Generalsekretärin

Am 16. September wurde Ling Chunxiang 凌春香 zum Abschluss der 5. Sitzung des dritten Aufsichtsrates der Amity Foundation zur neuen Generalsekretärin gewählt. Als ihre zwei Stellvertreterin wählte das gut 20-köpfige Gremium Gu Chuanyong 顾传勇, Vertreter der Religionsbehörde der Provinz Jiangsu, sowie Pastor Zhang Keyun 张克运, Vorsitzender der Drei-Selbst-Bewegung von Jiangsu. Frau Ling fing nach dem Abschluss ihres Magisterstudiums im Sommer 1999 an, in der Abteilung für ländliche Entwicklung bei Amity zu arbeiten. Sie leitete die Verwaltung, bevor sie im Dezember 2016 zu einer von fünf stellvertretenden Personen des Generalsekretärs ernannt wurde. Qiu Zhonghui 丘仲辉 verabschiedet sich nach 15 Jahren als Leiter der Stiftung aus seinem Amt. Unter ihm hat die Amity Foundation das Spendenaufkommen aus dem Inland über Crowdfunding und digitale Medien vervielfältigt, die höchste nationale Auszeichnung als

AAAAA-NGO erhalten, sich mit Büros in Addis Abeba (2015) und Genf (2016) weiter internationalisiert. Zu den Schwerpunktthemen der Öffentlichkeitsarbeit gehören 2018 Solidaritätskampagnen mit Betroffenen von Aids sowie Schutz und Rechtsbeistand für Opfer häuslicher Gewalt. Vom 26. August bis 7. September veranstaltete Amity zusammen mit dem nationalen theologischen Seminar in Nanjing eine diakonische Sommer-Akademie für chinesische Pastoren und Pastorinnen (www.amity.org.cn/index.php?m=Home&cc=News&a=view&id=499). Isabel Friemann

Katholische Kirche

11. Juni 2018:

Priester aus Hebei wegen unautorisierter Wallfahrt mit Entzug seines Status bedroht

Das Büro für ethnische und religiöse Angelegenheiten von Chang'an, Hebei, hat in einem am 11. Juni 2018 an die Diözese Shijiazhuang und die Patriotische Vereinigung von Shijiazhuang gerichteten Schreiben „vorgeschlagen“, Priester Sun Linghui den Status als religiöser Amtsträger zu entziehen. Priester Sun, der zur offiziellen Kirche gehört, soll am 24. Mai dieses Jahres eine Pilgergruppe in die Provinz Shanxi geführt haben. Dies habe, so das Schreiben, einen sehr schlechten Einfluss auf die Gesellschaft gehabt. U.a. erwähnt das Schreiben § 73 der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“. Dort ist festgelegt, dass die Behörden den betreffenden religiösen Organisationen vorschlagen können, „vorübergehend die Leitung religiöser Angelegenheiten und Aktivitäten oder den Status eines religiösen Amtsträgers zu entziehen“, z.B. bei „Organisation und Leitung nicht genehmigter religiöser Aktivitäten, die außerhalb einer Stätte für religiöse Angelegenheiten abgehalten werden“. Diözese und Patriotische Vereinigung sollten die Absetzung innerhalb von 30 Tagen durchführen, so das Schreiben. Ein anderer Priester solle Priester Sun ersetzen. Zudem solle die Kontrolle über die Kleriker verstärkt werden, um die Harmonie in den Religionskreisen zu festigen. Es wird auch erwähnt, dass Priester Sun gegen die „religiöse Sinisierung“ verstoßen habe. – Der Vorgang scheint, so UCAN nach Aussagen von Beobachtern, der erste derartige Fall zu sein, nachdem die neuen Vorschriften am 1. Februar landesweit in Kraft traten. Eine ungenannte Quelle hatte allerdings auch angegeben, dass es Spannungen innerhalb der Gemeinde von Priester Sun gegeben habe und er von einem Gemeindemitglied bei den Behörden angezeigt wurde (Foto des Dokuments unter www.tianzhujiao.store/china/2018-07-09/64499.html; UCAN 11.07.).

4. Juli 2018:

UCAN berichtet über vorübergehende Festnahme von Untergrundpriester aus Yongnian, Provinz Hebei, wegen Kontakt zu japanischem Journalisten

Wie UCAN – unter Berufung auf eine Meldung des Online-Dienstes *Bitter Winter* in Turin – am 4. Juli 2018 berichtete, wurde am 9. April der 55-jährige Priester Yan Lixin verhaftet und bis zum 28. April in einem Gästehaus festgehalten. Priester Yan war zu einem Kurs nach Hongkong eingeladen gewesen. Vor seiner Abreise verabredete er sich über sein Mobiltelefon mit einem japanischen Journalisten für ein Interview. Zwei Tage vor seiner Abreise ortete die Polizei Priester Yan über sein Mobiltelefon im Haus von Gläubigen und nahm ihn fest. Man habe ihn – ohne Erfolg – zwingen wollen, in die Patriotische Vereinigung einzutreten. Auch wurde ihm verboten, nach Hongkong zu reisen und erneut Kontakt zu dem Journalisten aufzunehmen. – In der Diözese Wenzhou, Provinz Zhejiang, startete Untergrundbischof Peter Shao Zhumin eine Fastenaktion und eine Heilige Messe an jedem 29. eines Monats für die Sicherheit von Priester Lu Danhua. Priester Lu, der einzige Priester in der benachbarten Diözese Lishui, die von Wenzhou mitverwaltet wird, wurde am 29. Dezember 2017 von Beamten der Religionsbehörden aus seiner Wohnung in Qingtian abgeführt und an einen unbekanntem Ort gebracht. Behördenvertreter hatten später mitgeteilt, Priester Lu sei nach Wenzhou gebracht worden, um dort die neuen Religionsvorschriften zu studieren, er werde nach seiner Registrierung zurückkehren. Bischof Shao hatte ihn am 14. Dezember 2016 zum Priester geweiht (UCAN 4.07.; 31.08.).

17. Juli / 13. August 2018:

Zwei weitere Kirchen in Shandong zwangsabgerissen

In der Diözese Jinan in der Provinz Shandong wurden in jüngster Zeit drei offizielle Kirchengebäude von den lokalen Behörden zwangsabgerissen. Nachdem dieses Jahr bereits die Kirche von Shilihe abgerissen worden war, folgten am 17. Juli die Kirche von Liangwang und am 13. August die Kirche von Qianwang, beide im Distrikt Licheng im Außenbezirk der Provinzhauptstadt Jinan gelegen. Alle drei Kirchen waren offiziell bei den Religionsbehörden registriert und wurden normal genutzt. Die Kirchen sollten vordergründig Stadtplanungsprojekten weichen, den Gemeinden wurde jeweils Land versprochen für einen Neuaufbau. Ohne dieses Versprechen einzuhalten, wurden die Kirchen ohne jegliche Vorwarnung gewaltsam zerstört. – Die Kirche von Liangwang



Oben: Trümmer der am 13. August 2018 zerstörten Kirche in Qianwang, Shandong. Unten: Katholiken demonstrieren in den Ruinen der Kirche von Qianwang mit Kreuzesfahnen und einem Transparent, das eine Untersuchung des Abrisses fordert. Fotos: UCAN.

stammt von 1920 und wurde 2006 neu aufgebaut. 70 Personen waren mit Bulldozern und Spitzhacken an der Zerstörung beteiligt, in Qianwang sollen es über 100 „Schlägertypen“ gewesen sein. Die Kirche von Qianwang datiert von 1750, war nach der Zerstörung durch eine Flut 1938 wieder neu aufgebaut worden und wurde nach der Kulturrevolution seit 1987 wieder benutzt. Nach der Zerstörung demonstrierten zwei Priester, eine Ordensschwester und fast 70 Gemeindemitglieder vor der Stadtregerung. Den Priestern soll daraufhin von Beamten in Licheng versprochen worden sein, die beiden Kirchen andernorts wieder aufzubauen, dies könnte jedoch „lange dauern“. Als nächstes soll die Kirche von Wangcun, Huashan, unweit der Stadt Jinan auf dem Plan stehen. – Ying Fuk-tsang von der School of Divinity der Chinese University of Hong Kong meinte zu UCAN, das scharfe Vorgehen gegenüber katholischen und protestantischen Gemeinschaften in China in jüngster Zeit sei das Ergebnis von zweijährigen Vorbereitungen auf Provinz-, Stadt- und Kreisebene seitens der zunehmend mächtigen Einheitsfrontabteilung der KP Chinas (*AsiaNews* 18.07; 16.08.; UCAN 3., 18.08.).

28. Juli 2018:

Umbettung sterblicher Überreste von 7 CICM-Missionaren in der Inneren Mongolei

UCAN berichtete über die Umbettung der sterblichen Überreste von sieben Missionaren der Kongregation vom Unbefleckten

Herzen Mariens (CICM), die am 28. Juli in die Sansengong-Kirche in der Diözese Bameng, Innere Mongolei, überführt und dort in den fertig renovierten Katakomben beigesetzt wurden. – Die sterblichen Überreste von 16 CICM-Missionaren wurden während der Kulturrevolution von Roten Garden in der Diözese Bameng aus ihren Gräbern ausgegraben, in die Wüste gebracht und dort zurückgelassen. 1992 und 1993 wurden die Überreste von neun dieser Missionare wiedergefunden und zwei davon als Märtyrer in die Katakomben der Xiayingzi-Kirche, Diözese Bameng, überführt und dort beigesetzt. – Bischof Matthias Du Jiang von Bameng sagte bei einer Rede anlässlich der Umbettung, dass die Überreste der sieben Missionare, die noch gefehlt hatten, später noch entdeckt worden seien und nun für „ihren selbstlosen Einsatz und ihre harte Arbeit“ ihre letzte Ruhe in einer katholischen Kirche fänden. Er hoffe, dass die Anwesenheit dieser Missionare die Gemeinde der Gläubigen stärke, dass sie so wie die Missionare fest im Glauben bestehen würden (UCAN 29.08.).

31. Juli 2018:

UCAN veröffentlicht „Fünfjahres-Entwicklungsabriss zur Sinisierung des Katholizismus“ in Übersetzung – chinesische Diözesen sollen eigene Pläne erstellen

Der Fünfjahresplan war am 16./17. Mai 2018 von der Gemeinsamen Versammlung der Verantwortlichen von Chinesischer katholischer patriotischer Vereinigung und Bischofskonferenz (PV-BiKo) verabschiedet worden. Der Text wurde zunächst nicht veröffentlicht. UCAN zufolge schickten PV-BiKo das Dokument im Juni an alle Diözesen Chinas mit der Aufforderung, bis Ende August jeweils eigene Fünfjahrespläne zur Sinisierung zu erstellen. – Der rund 6.500 Schriftzeichen lange Text umfasst 9 Kapitel. Kapitel 3 mit der Überschrift „Vertiefung der politischen, gesetzlichen und gesellschaftlichen Identität der Kirche“ enthält auch den Punkt „Festhalten am Prinzip der Unabhängigkeit, Autonomie und Selbstverwaltung“. Kapitel 4 zur „Verschmelzung mit der vortrefflichen chinesischen Kultur“ fordert u.a. eine neue Geschichtsschreibung der chinesischen katholischen Kirche. Kapitel 5 behandelt den Aufbau „theologischen Denkens mit Besonderheiten der chinesischen Kirche“, Kapitel 6 die Schaffung einer „kirchlichen Organisationsform mit chinesischen Besonderheiten“, die u.a. eine „organische Vereinigung“ von Hierarchie und demokratischer Verwaltung beinhalten soll. Weitere Kapitel betreffen die Sinisierung von Liturgie, kirchlicher Architektur, Kunst und Musik. Das Dokument hat einen sehr politischen Stil; der Name „Xi Jinping“

erscheint ebenso oft in dem Text wie das Wort „Evangelium“, nämlich fünfmal. Eine nähere Betrachtung des Dokuments erfolgt in einer der nächsten Ausgaben von *China heute*. – PV-BiKo veröffentlichte den Text des Fünfjahresplans erst am 8. Oktober 2018 auf ihrer Anfang Oktober neugestalteten gemeinsamen Website. Auf dieser Website sind auch zwei Datenbanken – eine teilweise gefüllte für Kirchen und eine noch leere für den Klerus – angelegt. – Die protestantischen Leitungsgremien veröffentlichten bereits im März 2018 einen „Abriss des Fünfjahresarbeitsplans zum Vorantreiben der Sinisierung des protestantischen Christentums in China“. Der Entwurf eines Fünfjahresplans zur Sinisierung des Islam wurde Ende Dezember 2017 von den islamischen Gremien verabschiedet (Text des 推进我国天主教坚持中国化方向五年工作规划 [2018–2022] unter www.chinacatholic.cn/html/report/18100224-1.htm; englische Übersetzung unter www.ucanews.com/news/sinicization-of-china-church-the-plan-in-full/82931; chinaislam.net.cn 21.12.2017; *UCAN* 20., 23.07.). – Vgl. *China heute* 2018, Nr. 2, S. 87, 89–90.

20. August 2018:

1.200 Musiker trommeln beim „Dritten Himmelston-Pokal“ der Diözese Taiyuan für katholische Schlagzeug-Ensembles aus ganz China
Insgesamt traten 27 Gong- (bzw. Becken)- und Trommelgruppen mit 1.200 Mitgliedern aus verschiedenen Diözesen und Provinzen Chinas zu den Vorführungen an, die auf dem Platz vor der Kirche der Pfarrei Honggou nördlich von Taiyuan in der Provinz Shanxi stattfanden. Fröhlich zogen die Musikgruppen mit „zum Himmel dröhnenden“ Klängen heran – wie es in dem Bericht auf der Website von *Xinde (Faith)* heißt. Auf das Hochamt in der Kirche mit Taiyuan's Bischof Meng Ningyong folgte die feierliche Eröffnung. Ehrengäste waren neben dem Bischof und 20 Priestern verschiedener Diözesen eine Reihe von Spezialisten für



Auch der Pfarrer darf mal: begeisterte Trommler beim 3. Himmelston-Pokal in Honggou in der Diözese Taiyuan. Foto: chinacatholic.org.

traditionelle chinesische Perkussionsmusik, wie der Vorsitzende der Vereinigung der Gong- und Trommelkünstler der Provinz Shanxi und Leiter des Museums für Volkskunst von Taiyuan, Chang Feng, der der Jury vorstand. Bei ihren Vorführungen boten die farbenfroh kostümierten Gruppen nicht nur Musik, sondern auch sorgfältig ausgearbeitete Choreographien dar (Fotos hierzu auf der Website). Der Bericht hebt die Teilnahme vieler Kinder zwischen 6 und 13 Jahren hervor, die „die Lebenskraft der Kirche sichtbar“ machten. Auch Jurychef Chang Feng lobte die Zunahme der Kinder- und Jugendgruppen beim diesmaligen Himmelston-Pokal als hoffnungsvolles Zeichen für die Weitergabe dieser Volkstradition. Dem Bericht zufolge ist die Gong- und Trommelkunst von Taiyuan seit 2008 vom Staatsrat als immaterielles Kulturerbe anerkannt. Es gibt einen katholischen „Himmelston-Verband für Gong- und Trommelkunst“ (Tianyin luogu yishu xiehui 天音锣鼓艺术协会), eine landesweite Organisation mit 25 Zweigorganisationen, 40 Musikgruppen und 2.000 Mitgliedern, mit dem Ziel, „durch die Gong- und Trommelkunst Gott zu verherrlichen, die kulturelle Entwicklung der Kirche zu fördern und auch die traditionelle Kultur der chinesischen Nation weiterzugeben“. Aus dem Bericht geht hervor, dass der Vizevorsitzende des Himmelston-Verbands Katchumene ist und sein Amt als Vizevorsitzender des Gong- und Trommelverbands der Provinz niedergelegt hat, um sich ganz der Kirche widmen zu können. Im Bericht zitierte Stimmen aus der Kirche stellen übereinstimmend fest, dass das Engagement in den Schlagorchestern den Gläubigen Zusammenhalt gibt und sie aktiver macht. Auch Nichtkatholiken treten in die Gruppen ein und finden so manchmal zur Kirche. Die Musikgruppen schaffen eine feierliche Atmosphäre in der Liturgie. Nicht zuletzt werden der Zusammenhalt und der Glaube der Jugendlichen in der Kirche gefördert (www.chinacatholic.org/News/index/id/43285.html, 21.08.). – Zur langen Tradition der volkstümlichen Bläser- und Schlagzeug-Ensembles in der katholischen Kirche vgl. Ma Li, „Wenn es uns gefällt, gefällt es auch Gott“. Kirchenmusik im heutigen China zwischen europäischer und chinesischer Tradition“, in: *China heute* 2012, Nr. 3, S. 166–174.

22. August 2018:

Katholische Kirche im Stil einer mongolischen Jurte wird in der Inneren Mongolei eingeweiht
Dem Bericht auf der Website von *Xinde* zufolge gleicht „die übergroße Jurte einer Mutter des Graslands – der Gottesmutter



Die „Jurtenkirche“ in Salaqi kurz nach der Fertigstellung, im Hof wird noch gebaut. Foto: chinacatholic.org.

–, die aufrecht unter blauem Himmel und weißen Wolken sitzt und ihre Kinder in die Arme nimmt“. Das weiße, niedrige Gebäude hat den Grundriss eines Kreisviertelsegments. Es besitzt ein flach gewölbtes, himmelblau und weiß gemustertes Kuppeldach, das von einer blauen Laterne mit Kreuz gekrönt wird. Auf dem Dach sind über einem Band von traditionellen mongolischen Ornamenten die chinesischen Schriftzeichen „Muttergottes der Mongolei, bitte für uns“ zu erkennen – dieser ist die neue Kirche in Salaqi auch geweiht. Sie fasst 1.000 Personen. Zur feierlichen Einweihung kamen Vertreter verschiedener Bistümer der Inneren Mongolei: Bischof Meng Qinglu von Hohhot als Hauptzelebrant, Bischof Du Jiang von Bameng und der Generalvikar der Diözese Jining sowie Priester und Musikgruppen aus mehreren Pfarreien. – Die Großgemeinde Salaqi liegt im Rechten Tumed-Banner und gehört zum Verwaltungsgebiet der Industriestadt Baotou in der Inneren Mongolei. Laut *Guide to the Catholic Church in China 2014* gehört Salaqi zur Diözese Baotou, die derzeit keinen Bischof hat. Trotz der mongolischen Form der Kirche dürften die Katholiken von Salaqi ganz überwiegend Han-Chinesen sein: Nach dem Zensus von 2000 sind 94% der Bewohner des von Baotou verwalteten Gebiets Han und nur knapp 3% Mongolen (chinacatholic.org 23.08.; 13.09.; *Xindebao* 20.08.; 10.09.).

Sino-vatikanische Beziehungen

18. September 2018:

Vatikan-Berichterstatte über Inhalt des bevorstehenden sino-vatikanischen Abkommens

Das Abkommen werde vor Ende September unterzeichnet, schrieb Gerard O'Connell unter Berufung auf eine vatikanische Quelle in *America. The Jesuit Review*. „Informierten Quellen zufolge“, so O'Connell, hätten sich der Heilige Stuhl und Beijing auf einen Prozess für die Ernennung von Bischöfen geeinigt, und zwar: Kandidaten würden auf Diözesanebene durch das von den chinesischen Behörden eingeführte System der „demokratischen Wahl“ gewählt, wobei „die

Priester der Diözese gemeinsam mit Vertretern der Ordensfrauen und der Laien durch Abstimmung aus den Kandidaten auswählen, die von den Behörden, die die kirchlichen Angelegenheiten beaufsichtigen, vorgelegt werden“. Das Ergebnis der Wahl werde an die für die Kirche zuständigen Behörden in Beijing, darunter die Bischofskonferenz, geschickt und nach Überprüfung ein Name über diplomatische Kanäle an den Heiligen Stuhl gesandt. Dieser habe dann einige Monate Zeit für die Überprüfung des Kandidaten, woraufhin der Papst diesen entweder genehmige oder sein Veto einlege. Wenn der Papst den Kandidaten genehmige, werde der Prozess (der Weihe) fortgesetzt. Wenn er sein Veto einlege, würden beide Seiten Dialog führen und Beijing werde schließlich den Namen eines anderen Kandidaten unterbreiten – soweit O’Connell. Ähnliche Varianten des mutmaßlich beschlossenen Kompromissverfahrens waren schon früher „durchgesickert“. Bernardo Cervellera nannte in *AsiaNews* Angaben, die er bezüglich des vorgesehenen päpstlichen Vetorechts gehört habe, nämlich dass der Papst innerhalb von drei Monaten Gründe für seine Ablehnung des Kandidaten nennen könne und dass die chinesische Regierung, wenn sie die Begründung nicht stimmig finde, mit der Weihe des von ihr gewählten Kandidaten fortfahren werde (*America* 18.09.; *AsiaNews* 24.09.). – Da der Inhalt des Abkommens auch nach der Unterzeichnung nicht bekannt gemacht wurde, bleibt weiter völlig unklar, wie das vereinbarte Verfahren tatsächlich aussieht.

22. September 2018:
Heiliger Stuhl und Volksrepublik China unterzeichnen ein „vorläufiges Abkommen über die Ernennung von Bischöfen“ (关于主教任命的临时性协议)
Der Heilige Stuhl und China gaben die Unterzeichnung des Abkommens am gleichen Tag bekannt. Bei einem Treffen der Delegationen beider Seiten in Beijing unterzeichneten die jeweiligen „Vizeaußenminister“ – der Unterstaatssekretär für die Beziehungen des Heiligen Stuhls mit den Staaten, Msgr. Antoine Camilleri, und der stellvertretende chinesische Außenminister Wang Chao – das Dokument. Die sehr knappe Meldung auf der Website des chinesischen Außenministeriums benutzt nicht den Begriff „Heiliger Stuhl“, sondern sprach von einem Abkommen mit dem „Vatikan“. Sie erklärt, dass beide Seiten die „Verbesserung der beidseitigen Beziehungen weiter vorantreiben“ werden. Das Communiqué des Heiligen Stuhls spricht von einer vorgesehenen „regelmäßigen Evaluierung seiner [d.h. des Abkommens] Umsetzung“ und von der „gemeinsamen

Hoffnung“, dass dieses „positiv zum Leben der katholischen Kirche in China, zum Wohle des chinesischen Volkes und zum Frieden in der Welt“ beitragen werde. – Der Inhalt des Abkommens – d.h. auf welches Verfahren für künftige Bischofsnennungen man sich geeinigt hat – wurde und wird wohl auch in absehbarer Zukunft nicht bekanntgegeben; es gibt nur „durchgesickerte“ Hinweise darauf (siehe z.B. den Eintrag vom 18. September 2018 in dieser Rubrik). Seit Juni 2014 wurden wieder Verhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der chinesischen Regierung geführt. 1958 wurden auf Druck der kommunistischen Regierung in China erstmals katholische Bischöfe ohne päpstliches Mandat geweiht. – Siehe Dokumentation und Informationen.

22. September 2018:
Das Presseamt des Heiligen Stuhls gibt die Anerkennung der sieben (bzw. acht) illegitimen chinesischen Bischöfe und die Errichtung der Diözese Chengde durch den Papst bekannt
Bis zu diesem Datum waren von den 64 Bischöfen der offiziellen Kirche in China sieben nicht vom Papst anerkannt, drei von ihnen waren ausdrücklich exkommuniziert. Wie das Presseamt in zwei Meldungen bekanntgab, hat Papst Franziskus entschieden, diese sieben und einen weiteren posthum „in die volle kirchliche Gemeinschaft aufzunehmen“. Es handelt sich um die Bischöfe Joseph Guo Jincai, Joseph Huang Bingzhang, Paul Lei Shiyin, Joseph Liu Xinhong, Joseph Ma Yinglin, Joseph Yue Fusheng, Vinzenz Zhan Silu und den 2017 verstorbenen Bischof Anton Tu Shihua. Die Erklärung lässt offen, ob sie auch (alle) als Diözesanbischöfe eingesetzt wurden. Gleichzeitig wurde die Errichtung der Diözese Chengde bekanntgegeben. Sie war 2010 offiziell durch die chinesische Regierung begründet worden, während Rom grundsätzlich weiter der ursprünglichen Einteilung der Diözesen von 1951 folgt. Der jetzt legitimierte Bischof Guo Jincai war im November 2010 ohne päpstliches Mandat zum Bischof von Chengde geweiht worden. Alle acht Bischöfe sollen den Papst schriftlich um Vergebung gebeten haben. – Siehe Dokumentation und Informationen.

22. September 2018:
Erklärungen von Kardinalstaatssekretär Parolin zum vorläufigen Abkommen: Ziel ist pastoral
Kardinal Parolin, der als Leiter des vatikanischen Staatssekretariats für die Verhandlungen mit China zuständig war, erklärte, dass das Ziel des Abkommens pastoral sei; es sollen Bedingungen geschaffen wer-

den, dass die katholische Kirche in China „sich der Verkündigung des Evangeliums widmen kann“. Parolin betont, dass „heute [...] zum ersten Mal alle Bischöfe in China in Gemeinschaft mit dem Bischof von Rom, mit dem Nachfolger Petri“ sind. Er spricht von der Notwendigkeit, gute Hirten zu haben, die vom Papst und von den legitimen zivilen Behörden anerkannt sind. Die katholische Gemeinschaft in China wird vom Papst zu konkreten Gesten der Versöhnung aufgerufen, so Parolin (siehe Wortlaut in der Dokumentation). – Die 36 vom Papst, aber nicht vom chinesischen Staat anerkannten Bischöfe im „Untergrund“ werden in keiner der Verlautbarungen hinsichtlich des vorläufigen Abkommens und der Anerkennung erwähnt. – Siehe Dokumentation und Informationen.

23. September 2018:
Äußerung eines Pressesprechers der offiziellen chinesischen katholischen Leitungsgremien zum vorläufigen Abkommen
Ein namentlich nicht genannter Pressesprecher der Chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung und der (offiziellen) Chinesischen katholischen Bischofskonferenz erklärte, dass beide Gremien das vorläufige Abkommen zwischen den „beiden Staaten China und de[m] Vatikan“ aufrichtig befürworteten, um im nächsten Absatz zu versichern, dass die chinesische katholische Kirche „am Prinzip der Unabhängigkeit, Autonomie und Selbstverwaltung“, an der Sinisierung und der Anpassung an die sozialistische Gesellschaft festhalten werde (siehe Wortlaut in der Dokumentation). Die Erklärung erschien schriftlich auf der Website der beiden Gremien.

25. September 2018:
Papst Franziskus äußert sich auf dem Rückflug von Tallinn zum vorläufigen Abkommen sowie zur Anerkennung der Bischöfe – „Ich bin der Verantwortliche“
In der Pressekonferenz auf dem Rückflug von seiner Pastoralreise ins Baltikum würdigte der Papst seine Mitarbeiter bei den Verhandlungen mit China (namentlich nannte er Erzbischof Celli, Prälats Rota Graziosi und Kardinalstaatssekretär Parolin). Er betonte aber, dass er selbst verantwortlich sei für die Anerkennung der Bischöfe und für den Abschluss des Abkommens mit China. Zu den Bischofsnennungen sagte er, „es ist ein Dialog über die möglichen Kandidaten. [...] Aber die Ernennung ist Sache Roms; die Ernennung erfolgt durch den Papst, das ist klar.“ Der Papst sagte außerdem, er denke „an die Katholiken, die gelitten haben: es stimmt, sie werden leiden. Bei einem Abkommen gibt es immer Leid“ (siehe Wortlaut in der Dokumentation).

26. September 2018:

Botschaft von Papst Franziskus an die chinesischen Katholiken und an die universale Kirche

In dem Schreiben wendet sich erstmals seit dem Brief von Benedikt XVI. von 2007 wieder ein Papst ausführlich direkt an die katholische Kirche in China. Anlass des Schreibens sind das vorläufige Abkommen sowie die päpstliche Anerkennung der bislang illegitimen Bischöfe. Der Papst ist sich bewusst, dass sie einen „Wirbel an Meinungen“ hervorgerufen haben, der von Zweifel, Ratlosigkeit und der „schmerzliche[n] Frage nach dem Wert des Leidens, das man für die Treue zum Nachfolger Petri hinnehmen musste“, bis hin zu „positive[n] Erwartungen“ reicht. In 11 Punkten erläutert der Papst verschiedene mit dem Abkommen verbundene Ziele und Aspekte. Er ruft die katholische Gemeinschaft in China zur Überwindung von Spaltungen auf (6), wendet sich insbesondere an die katholische Jugend in China (8), an die universale Kirche (9) sowie an die Führer der Volksrepublik China (10) und schließt mit einem Gebet für die Kirche in China (siehe Wortlaut in der Dokumentation und die Informationen).

ab 3. Oktober 2018:

Erstmals nehmen zwei Bischöfe von Festlandchina an einer Versammlung der Weltbischofssynode in Rom teil

Bischof Guo Jincai von Chengde und Bischof Yang Xiaoting von Yan'an sind zur XV. Ordentlichen Generalversammlung der katholischen Bischöfe zum Thema Jugend (3.–28. Oktober) nach Rom gereist. Papst Franziskus hieß die „Mitbrüder im Bischofsamt aus Kontinental-China“ in seiner Predigt bei der Eröffnungsmesse willkommen und sagte, dank ihrer Präsenz sei „die Gemeinschaft des ganzen Bischofskollegiums mit dem Nachfolger Petri [...] nun noch stärker sichtbar“. Außer den beiden kurzfristig teilnehmenden Bischöfen ist aus Festlandchina eine Ordensschwester als Auditorin eingeladen – Sr. Teresina Cheng Chaoying von den Schwestern der Mutter Gottes in Daming (Hebei), derzeit zum Studium in Rom. Bischof Guo gehört zu den sieben am 22. September vom Papst legitimierten Bischöfen und ist Generalsekretär der offiziellen Chinesischen Bischofskonferenz (BiKo). Bischof Yang Xiaoting, 2010 mit päpstlicher und staatlicher Genehmigung geweiht, übt ebenfalls wichtige Funktionen in den offiziellen Gremien aus, er ist einer der Vizevorsitzenden der BiKo und leitet deren Kommission für die theologische Forschung. Er hat in Italien und den USA studiert. Wang Zu'o'an, Vizemi-

nister der Einheitsfrontabteilung der KP Chinas, hatte am 26. September bei einer Versammlung von Vertretern der Patriotischen Vereinigung und der BiKo bekanntgegeben, dass diese beiden die Erlaubnis zur Teilnahme an der Synode erhalten hätten. Am 1. Oktober bestätigte Kardinal Baldisseri, Generalsekretär der Synode, dass die beiden chinesischen Bischöfe „vom Papst eingeladen wurden, als Ergebnis des Abkommens, und die Einladung von der anderen Seite akzeptiert wurde“. – Die Erlaubnis Beijings, die beiden zur Synode reisen zu lassen, würde „auf einen positiven Wandel in Beijings Politik hindeuten“, so B. Cervellera in *AsiaNews*. Bisher hatte China die Teilnahme chinesischer Bischöfe an den Synoden nicht erlaubt: Papst Johannes Paul II. hatte 1998 die Bischöfe Duan Yinming und Xu Zhixuan (beide Diözese Wanxian) zur Asiensynode eingeladen, Papst Benedikt XVI. lud 2005 drei auch von der Regierung anerkannte Bischöfe (Bischof Li Du'an von Xi'an, Bischof Lukas Ly von Fengxiang sowie Bischof Jin Luxian (Shanghai) und einen Untergrundbischof (Bischof Wei Jingyi von Qiqihar) zur Vollversammlung der Bischofssynode ein; keiner der Eingeladenen durfte jedoch nach Rom reisen. Die Bischofssynode als ständige Institution wurde 1965 von Papst Paul VI. ins Leben gerufen (*America* 1.10.; *AsiaNews* 27.09.; 1.,3.10.; *Vatican Insider* 26.09.; vatican.va 3.10.; www.synod2018.va). – Zur Asiensynode 1998 vgl. *China heute* 1998, Nr. 2-3, S. 49-53, zur Vollversammlung der Bischofssynode im Jahr 2005 vgl. ebd. 2005, Nr. 4-5, S. 130-131, Nr. 6, S. 219-220.

Hongkong

24. Juni 2018:

Studie zu sexuellen Übergriffen in protestantischen Kirchen Hongkongs veröffentlicht

Bei der Online-Studie, die vom Hongkonger Christenrat zwischen August letzten Jahres und diesem April durchgeführt wurde, gingen 55 Antworten von Kirchgängern ein. Es war die erste derartige Untersuchung innerhalb der protestantischen Kirchen Hongkongs. 35 der Antwortenden bezeichneten sich selbst als Opfer von sexuellem Fehlverhalten, 20 sprachen von betroffenen Freunden oder anderen betroffenen Kirchenmitgliedern. In einem von fünf Fällen wurde von Vergewaltigung oder versuchter Vergewaltigung gesprochen. Bei 53 Fällen war der Beschuldigte ein Mann, bei 48 das Opfer eine Frau. Bei der Hälfte soll es sich um Übergriffe seitens Pastoren oder anderer Kirchenführer handeln. Die Studie zeige, dass sexuelle Gewalt in Kirchen immer weitergehe, so Jessica Tso Hiu-tung, assistierende Generalsekretärin

des Christenrates und verantwortlich für die Studie, bei einer Pressekonferenz am 24. Juni (siehe *South China Morning Post*). Viele Opfer würden wegen des Machtgefälles keine Beschwerde einlegen. Die Kirchen würden zudem versuchen, alles zu vertuschen, was dem Image schade. Bei Fällen von Pastoren, die ein hohes Ansehen in ihren Gemeinden genießen, gebe es die Tendenz, den Berichten der Opfer nicht zu glauben. Tso drängte die Kirchen, Maßnahmen gegen sexuelle Übergriffe zu ergreifen und Pastoren, Kirchenführer und Mitglieder entsprechend zu schulen. Linda Wong Sau-yung, Geschäftsführerin von RainLily, einer Interessens- und Selbsthilfegruppe von Opfern sexueller Gewalt, sagte laut *UCAN* bei der Pressekonferenz, dass kircheninterne Untersuchungen nicht ausreichen; die protestantischen Kirchen sollten bei der Einrichtung eines unabhängigen Untersuchungsteams mitwirken. – Zwei Monate vor der Veröffentlichung der Studie war Pastor Ngai Lap-yin von der *Brotherly Love Swatow Baptist Church* in Tsz Wan Shan wegen sexueller Vergehen gegenüber Frauen in seiner Gemeinde aus dem Dienst entlassen worden (*South China Morning Post* 24.06.; *UCAN* 29.06.).

8.–12. August 2018:

Großes Taizé-Treffen in Hongkong

An dem ökumenischen asiatischen Jungentreffen von Taizé zum Thema „Pilgerreise des Vertrauens und der Versöhnung“ nahmen ca. 2.700 junge Menschen aus 40 Ländern teil, vorwiegend aus Asien, aber auch Jugendliche aus anderen Kontinenten. Von den Jugendlichen war eine ganze Reihe aus Festlandchina angereist. Es war das erste Mal, dass solch ein Treffen in Hongkong stattfand. Neben ökumenischen Gebetsgottesdiensten, u.a. in der katholischen sowie der anglikanischen Kathedrale, gab es Workshops, Austausch sowie Besuche in verschiedenen religiösen Einrichtungen. Gastgeber waren die christlichen Kirchen in Hongkong. Ein Drittel der Teilnehmer waren Protestanten. – Die Gemeinschaft von Taizé hatte 2009 als „Ausdruck von Freundschaft“, so *UCAN*, eine Million Bibeln auf dem chinesischen Festland verteilt (*Sunday Examiner* 11.,18.08.; *UCAN* 27.08.; taize.fr 14.03.).

Taiwan

11. August – 10. September 2018:

Taiwan: Tourismus trotz Geistermonat

Um die geschäftliche Flaute im „Geistermonat“ – dem 7. Monat des Mondkalenders, dieses Jahr vom 11. August bis zum 10. September – zu stoppen, versuchten die Tourismus-Unternehmen im 150 km südwestlich von Taipei gelegenen Sitou, mit abendlichen Veranstaltungen die bestehenden Tabus zu brechen. – Nach traditionellem chinesischem

Glauben werden in dem Monat die Geister der Toten aus der Unterwelt freigelassen und begeben sich in menschliche Gefilde. Deshalb seien nach taiwanischer Tradition während dieser Periode manche Tätigkeiten wie Schwimmen, Reisen oder Fotos bei Hochzeiten zu unterlassen, bemerkte Tourismus-Direktor Wang Yuan-chung von Nantou. Aus diesem Grund belegten auch weniger Gäste die Hotels. Nun boten verschiedene Stellen nächtliche Veranstaltungen an, beim Sitou Pädagogischen Zentrum der Nationalen Taiwan-Universität konnten am 9. September die Sterne beobachtet werden; das Sitou Youth Activity Center offerierte vom 11. bis 29. August im Wald projizierte Lichtbilder-Shows. Wang schätzte diese kreativen Vorstöße zur Förderung des Reisetourismus. – Während die Tabus des Geistermonats vielerorts im Schwinden sind, bleibt in den Städten wie auf dem Land die Tradition des Opfern von Speisen und Papiergeld in den Häusern und besonders in den Tempeln ungebrochen bestehen. Willi Boehi

31. August 2018:

Erste Hinrichtung unter neuer Regierung

Der wegen Mordes an seiner Ex-Frau und ihrer sechs Jahre alten Tochter verurteilte 30-jährige Lee Hung-chi wurde am 31. August 2018 in einem Gefängnis durch Erschießen hingerichtet. Nach einem längeren Moratorium seit 2016 handelt es sich um die erste Vollstreckung eines Todesurteils unter der Administration von Präsidentin Tsai Ing-wen. Die Richter wiesen Lees Berufung zurück, da er keine Zeichen von Reue gezeigt und angedroht hatte, er werde nach Verbüßen der Gefängnisstrafe Rache an der Familie seiner Ex-Frau nehmen. Aus Kreisen der Richter verlautete, in diesem Fall nach den striktesten Vorschriften bezüglich der Verhängung der Todesstrafe vorgegangen zu sein. – Mitglieder der Taiwan Alliance to End the Death Penalty protestierten nach Bekanntgabe der Exekution und bedauerten sie als einen Schritt zurück für die Menschenrechte in Taiwan. Andere Menschenrechtsaktivisten stellten die Frage, ob sich die Regierung die Gunst der Öffentlichkeit für die Ortswahlen am 24. November erwerben wollte. Dies sei keine Lösung für die Probleme in der Gesellschaft. – Nach Umfragen befürworteten etwa 80 Prozent der Bevölkerung Taiwans die Beibehaltung der Todesstrafe als Mittel zur Abschreckung und Verhinderung von Verbrechen. Momentan enthält die Liste der zum Tode Verurteilten 46 Namen. Mit einem Konsens in dieser strittigen Frage ist noch lange nicht zu rechnen. Willi Boehi

26. September 2018:

Biyun-Tempel ist kein Schrein

Wir berichteten in der letzten Ausgabe von *China heute*: „29. Mai 2018: *Apple Daily Taiwan*: Buddhistischer Tempel in ‚Kommunistische Basis‘ umgewandelt“. Es ging darum, dass der buddhistische Biyun-Tempel in Changhua, Taiwan, von Bauunternehmer und Oberst i.R. Wei Mingren in einen „Schrein“ für chinesisch-kommunistische Propaganda umgewandelt worden war. Die dort lebenden Nonnen hatten bei Wei einen Erweiterungsbau in Auftrag gegeben, und nach Problemen mit der Rechnungsabgleichung wurde ihm von einem taiwanischen Gericht die Anlage zugesprochen. Die Gebäude werden allerdings seit dem 26. September durch einen Beschluss des Magistrates von Ershui, Kreis Changhua, rückgebaut. Der Magistrat begründete seine Entscheidung damit, dass die Anbauten, die von Herrn Wei selbst durchgeführt und 2016 abgeschlossen wurden, illegal waren, da der ursprüngliche 96 Jahre alte buddhistische Tempel unter Denkmalschutz gestellt werden müsse und nur zu dem ursprünglichen Zweck, also für buddhistische Aktivitäten, genutzt werden dürfe, so berichtet die *South China Morning Post*. Die buddhistischen Nonnen sind nun ebenfalls traurig über die großangelegten Abrissarbeiten und hoffen, ihren Tempel später wieder zu der Größe nach der Erweiterung der Gebäude aufbauen zu können (*China heute* 2018, Nr. 2, S. 92; *New York Times* 19.09.; *South China Morning Post* 26.09.).

2. Oktober 2018:

Taiwan: Ausländische Missionare können Staatsbürgerschaft erwerben

Laut einer Meldung von *AsiaNews* vom 2. Oktober können ausländische Missionare und Missionarinnen, die in Taiwan arbeiten, die taiwanische Staatsbürgerschaft erwerben, ohne ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen. Dies sagte Präsidentin Tsai Ing-wen bei einem Treffen mit älteren katholischen Missionaren. Sie betonte, dass die Regierung die Bestimmungen für die Staatsbürgerschaft geändert habe, wovon Ausländer profitierten, die einen Beitrag zur Nation geleistet hätten. Katholische Priester und Ordensschwester hätten, so die Präsidentin, einen wichtigen Beitrag für die taiwanische Gesellschaft in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und weiteren sozialen Diensten geleistet und kümmerten sich um Frauen, ältere Menschen sowie Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Es sei an der Zeit, dass sich Taiwan für ihre jahrzehntelangen Dienste bedanke (*AsiaNews* 2.10.).

2. Oktober 2018:

Unterzeichner des sino-vatikanischen Abkommens auf Empfang der taiwanischen Botschaft im Vatikan

Anlässlich des Nationalfeiertages der Republik China am 10. Oktober hatte die taiwanische Botschaft im Vatikan am 2. Oktober zu einem Empfang eingeladen, an dem auch Msgr. Antoine Camilleri, Unterstaatssekretär für die Beziehungen des Heiligen Stuhls mit den Staaten und Unterzeichner des Abkommens zwischen China und dem Vatikan über die Bischofsnennungen vom 22. September 2018, teilnahm. Msgr. Camilleri gewann an dem Abend bei einer Lotterie den ersten Preis: einen Flug nach Taiwan. Botschafter Matthew S.M. Lee betonte laut einer Meldung von *AsiaNews* vom 3. Oktober in seiner Ansprache, dass das Abkommen eher auf religiöse Angelegenheiten denn auf diplomatische Fragen abziele. Er bezeichnete es als bedeutsames Abkommen, da die chinesische kommunistische Partei zum ersten Mal den Papst als Führer der Katholiken in China anerkenne und mit dem Dogma der Nichteinmischung des Auslands in die internen Angelegenheiten breche. Gleichzeitig betonte Lee, dass Beijing mit allen Mitteln versuche, Taiwan aus der internationalen Gemeinschaft auszuschließen. Aber mit der Hilfe der Partner weltweit werde sich Taiwan dem „Aufstieg der autokratischen autoritären Macht“ widersetzen (*AsiaNews* 3.10.; *Taiwan News* 4.10.).

Katharina Wenzel-Teuber
Katharina Feith
Isabel Hess-Friemann
Gregor Weimar

mit Beiträgen von
Willi Boehi und Jan Kwee

Alle Quellenangaben in der Chronik beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf das Jahr 2018.